

Arbeit & Wirtschaft

Am Limit

*Das Gesundheitssystem
muss gestärkt werden –
für Patient:innen und Beschäftigte.*

Privatisierung? Nein danke! / 20
Gesundheitsministerin
Korinna Schumann im Interview

Globales Mineralienfieber / 6
Rohstoffjagd auf dem Rücken
von Beschäftigten und Klima

#2



RICHARD SOLDER CHEFREDAKTEUR
SARAH KLEINER CHEFIN VOM DIENST
GRETA STAMPFER ONLINEREDAKTION
THOMAS JARMER ARTDIRECTION & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
SILKE MÜLLER ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER ADMINISTRATION
VANESSA KOVAR REDAKTIONSSASSISTENZ

Autor:innen dieser Ausgabe

Christian Bunke, Adrian Engel, Sandra Gloning, Ute Groß,
 Siroos Mirzaei, Ruth Reitmeier, Erhard Stackl, Reinhard
 Steurer, Reinhard Waldhör

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Themenkomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Tel.: +43 1 501 65-0
 akmailbox@akwien.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudorf, Biokfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudorf**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 3,50 (inkl. Mwst.)
 Jahresabonnement Inland € 18,- (inkl. Mwst.)
 Ausland zuzüglich € 14,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 9,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen:ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



Ein Belastungstest für die Knie des A&W-Fotografen **Markus Zahradnik** war das Cover-Shooting unserer aktuellen Ausgabe. Souverän in der Rolle der Gesundheitsfachkraft ist Verlagskollegin **Daniela Grießer** zu sehen. Wir sagen Danke!



Einmal andersrum, bitte: Redaktionsassistentin **Vanessa Kovar** und **Korinna Schumann** beim „Verkabeln“ für den Videodreh. Was die Gesundheitsministerin im Format „Auf ein Wort“ zu sagen hat, erfahren Sie auf Social Media!

Die Nächste bitte!



SARAH KLEINER
CHEFIN VOM DIENST

Auf die Knie klopfen, in den Rachen schauen und das Herz abhören: Ich kann mich noch gut an die Arztbesuche erinnern, als ich ein Kind war. Meistens sind wir ohne Termin zu unserem Hausarzt gefahren, länger als eine halbe Stunde mussten wir selten warten. Für die Behandlung war genug Zeit, der Arzt und meine Mutter konnten sich ausführlich unterhalten. Zum Schluss gab's ein Zuckerl fürs Kind – der Zahnarzt musste schließlich auch von etwas leben.

Heute sieht das meistens anders aus. Im Schnitt hat ein Kassenarzt oft nur wenige Minuten Zeit, um Patient:innen zu begutachten und eine Therapie anzuordnen. Es mangelt an Personal – vor allem auch an Kinderärzt:innen, Gynäkolog:innen, Landärzt:innen. Die Spitäler sind überlastet. Ein Verlagskollege berichtet: Er muss monatelang auf einen Routineeingriff am Knie warten. Die Privatversicherten werden indes vorgezogen.

Immer mehr entwickelt sich das österreichische Gesundheitswesen zu einem Zwei-Klassen-System: Mehr als ein Drittel der Österreicher:innen hat bereits eine private Zusatzversicherung. Der Arbeitsklima-Index der AK Oberösterreich und des IFES zeigte bereits 2024, dass die Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung eindeutig mit dem Einkommen zusammenhängt: Wer mehr Geld hat, ist zufriedener.

Für den A&W-Fokus in dieser Ausgabe sind wir der Frage nachgegangen, wie man den Privatisierungstrend im Gesundheitssystem eindämmen kann. Gesundheitsministerin Korinna Schumann will investieren und vor allem für Frauen die Versorgung verbessern (ab S. 20). Sie sind es auch, die das Gesundheitssystem tragen, das zeigt die hohe Frauenquote in der Branche.

Beim Ende der Fahnenstange, dem privaten Gesundheitssystem, muss ich oft an die USA denken – daran, dass dort manche Frauen jahrelang die Kosten für eine Geburt abstottern, weil sie nicht versichert sind oder ihre Versicherung das nicht deckt. Da wird er mir wieder bewusst, der Wert, den ein gemeinschaftlich finanziertes öffentliches Gesundheitswesen hat. Der Kerngedanke ist ein solidarischer: Ich zahle nicht nur in die Kasse ein, damit *ich* etwas davon habe – sondern damit die, die akut Hilfe brauchen, sie auch sofort bekommen. ▀



Inhalt

Mineralien um jeden Preis	Die Jagd nach Rohstoffen wird auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen	6
Gerechtigkeit in Zahlen	Die Leistungsbilanz der AK spiegelt die schwierige ökonomische Lage wider	10
Wie sollten wir über die Klimakrise sprechen?	Politikwissenschaftler Reinhard Steurer beantwortet die große Frage	11
Aus dem Betriebsrat	Ute Groß, Betriebsrätin der „Kleinen Zeitung“, über ungewollte Untätigkeit	12
Kurzmeldungen	News aus der Gewerkschaftsbewegung	13

FOKUS

Gesundheit!

Privat versus Staat	Wie die Privatisierung des Gesundheitssystems voranschreitet	16
„Wir haben ein Versprechen gegeben“	Gesundheitsministerin Korinna Schumann im Interview	20
Kampf dem Zucker	Diabetes-Teams versprechen eine gute Versorgung für alle Betroffenen	24
Heimliche Held:innen	Wer schupft das Gesundheitssystem? Zu Besuch im PVZ Tullnerfeld	26
Gesundheit für alle!	Reinhard Waldhör, Gesundheitsexperte der GÖD, über Reformbedarf	31
Griff in die Kasse	Wie die Arbeitnehmer:innen durch die Kassenfusion entmachtet wurden	32

Blitzlichter	Wie geht der Betriebsrat mit Kündigungen um?	34
Umkämpfte Arbeitszeit	Arbeitszeitverkürzung ist und bleibt ein Anliegen der Gewerkschaften	36
Musik ohne Muse	Wie künstliche Intelligenz die Musikbranche verändert	40
Weiterbildung	Aktuelle Bildungsangebote	44
A&W-Blog	Wissenswertes aus dem A&W-Blog	45
Mein Utopia	Nuklearmediziner Siroos Mirzaei über ein Land ohne Grenzen und Furcht	46





Brigitte Pellar
(1947–2026)

Arbeit&Wirtschaft trauert um Brigitte Pellar. Die Historikerin war viele Jahre lang Mitglied des Themenkomitees der Zeitschrift, ab den 1980er-Jahren hat sie regelmäßig Texte darin publiziert. „Wir haben sie für ihr profundes Wissen über die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung bewundert und geschätzt“, heißt es von den A&W-Herausgebern Heinz Leitsmüller (AK) und Christoph Höllriegl (ÖGB).

Pellar war es stets wichtig, aktuelle Entwicklungen in einen historischen Kontext zu setzen und damit erklärbarer und verständlicher zu machen. „Ein besonderes Anliegen war ihr, die Errungenschaften der Arbeiter:innenbewegung als unabdingbare Grundlage für unsere Demokratie und unseren Sozialstaat hervorzuheben“, so die A&W-Herausgeber weiter.

Brigitte Pellar wurde 1947 im kärntnerischen Hermagor geboren und studierte in Wien Geschichte. Schon als Studentin publizierte sie ihre ersten journalistischen Artikel. Von 2001 bis 2007 leitete sie das Institut für Gewerkschafts- und Arbeiterkammer-Geschichte. Von 2006 bis 2011 hatte sie einen Lehrauftrag am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien inne. Jahrzehntlang war sie Referentin in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Mit Brigitte Pellars Tod verliert die österreichische Geschichtswissenschaft eine ihrer profiliertesten Stimmen und die Arbeiter:innenbewegung eine unermüdliche Wegbegleiterin. Wir danken Brigitte für alles und werden sie sehr vermissen. ▀

Mineralien um jeden Preis

Energiewende, Digitalisierung und militärische Aufrüstung verschärfen die Jagd nach knappen Rohstoffen. Klimapolitik und der Schutz der Beschäftigten rücken auch für die EU in den Hintergrund.

TEXT ERHARD STACKL

© APA-Images_AFP_STR



Kohle, Eisenerz und Bauxit aus Guinea werden in einem Hafen in der chinesischen Provinz Shandong verladen. China liegt im globalen Rennen um Rohstoffe an der Spitze.

Wie an jedem Tag förderten Männer, Frauen und Kinder wertvolles Coltan-Erz aus einer Mine in Rubaya im Osten der Demokratischen Republik Kongo, als ein Erdbeben die Arbeiter:innen verschüttete. Bei diesem Unglück im März 2026 – dem zweiten in diesem Jahr – sollen 200 Menschen umgekommen sein, die für den Gegenwert weniger Euro pro Tag das vor allem hier vorkommende Erz mit Hacken und Schaufeln ausgruben. Daraus wird in Europa Tantal gewonnen, ein für Smartphones, Computer und Turbinen wichtiges Metall. Die Arbeitsbedingungen gelten in vielen kongolesischen Minen als schlecht, in Rubaya besonders. Die Region wird von Rebellen beherrscht, die das Erz ins nahe Ruanda schmuggeln, um mit dem Erlös ihre Kämpfe zu finanzieren.

Weltweit lagert ein großer Teil begehrter Rohstoffe auf dem Gebiet von indigenen Völkern, denen wegen der Gier nach Mineralien Tod und Vertreibung drohen. Die Volksgruppe der Cinta Larga am brasilianischen Amazonas wehrt sich seit Jahren gegen Eindringlinge, die illegal nach Gold und Diamanten schürfen. Im Februar traf ein brasilianischer Bundesrichter eine beispiellose Entscheidung: Die Cinta Larga dürfen künftig selbst Bergbau betreiben. Indigene sollen „nicht länger Opfer sein“, so wurde der Richter Flávio Dino in der Berliner Zeitung „taz“ zitiert.

Von einem Tabubruch in Japan berichtete jüngst „Die Zeit“: Bei Bohrungen im Meeresboden wurden Proben mit seltenen Erden aus 6.000 Metern Tiefe geholt. Um von Importen unabhängig zu werden, sei eine industrielle Produktion geplant. Derzeit findet zum Schutz der Umwelt Tiefseebergbau nirgendwo statt; in internationalen Gewässern ist er verboten. Falls Japan mit seinen Plänen Ernst macht, könnten weitere Staaten folgen – mit hohen Risiken für die Ökosysteme der Meere.

Run auf Rohstoffe

Schlaglichter wie diese zeigen, wie die Rohstoffversorgung zum brennenden Konfliktthema wurde. In Europa lösten die Energiewende weg von Kohle, Gas und Öl zu erneuerbaren Quellen wie Wind- und Sonnenenergie sowie die Elektromobilität den Boom aus. International erhöhte die Digitalisierung von den Smartphones bis hin zur KI-Forschung den Bedarf an Lithium, seltenen Erden und anderen kritischen Rohstoffen enorm. Dazu kommt die wachsende militärische Aufrüstung vieler Staaten, für die auf dem gesamten Globus nach Rohstoffen gejagt wird.

Für diesen Wettbewerb der Großmächte kam der kolonial belastete Begriff „Geopolitik“ in Mode. In den Worten des nun in den USA lebenden russischen Publizisten Maxim Trudoljubow ist das der Blick auf die Welt „wie aus dem Cockpit eines Düsenbombers“. Hauptakteure sind die USA und China, während Europa fürchtet, an den Rand gedrängt zu werden. Deshalb verfolgt die Europäische Union nun Gegenstrategien, deren Auswirkungen das Leben von



Der zunehmende geopolitische Einfluss Chinas brachte die EU dazu, wieder auf den Bergbau zu setzen, erklärt Rohstoff-Expertin Karin Küblböck von der ÖFSE.

Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen überall, auch in Österreich, betroffen werden. Die Klimapolitik rückt in den Hintergrund, ebenso der Kampf gegen Umweltvergiftung sowie Zwangs- und Kinderarbeit. Außerdem sollen rare Rohstoffe verstärkt in Europa abgebaut werden.

„Neue Minen sind auf der ganzen Welt unbeliebt“, sagt die Rohstoffexpertin Karin Küblböck dem A&W-Magazin. „Aber Europa ist der einzige Kontinent, auf dem der Bergbau in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen ist.“ Aufgrund höherer Kosten sowie Umwelt- und Sozialstandards wurde er ausgelagert. Küblböck: „Lange Zeit hielt man das für kein Problem, weil man die Rohstoffe ja günstig von anderen Ländern bekommen konnte.“

Der Umschwung kam mit der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas seit den 2000er-Jahren, das den Markt für Seltenerdmetalle nun dominiert. „Chinesische Unternehmen begannen außerdem, Rohstoffe auch in Lateinamerika und Afrika abzubauen“, berichtet Küblböck, die in der Österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung (ÖFSE) arbeitet. Auf dieser Basis baute China seine Industrie auf und überschwemmte mit seinen Produkten die Welt.

Die Alarmglocken schrillten spätestens 2025, als China Exportbeschränkungen für Seltenerdmetalle erließ. Es war eine Reaktion auf die von US-Präsident Donald Trump verhängten Einfuhrzölle und Exportverbote für neueste Computerchips. Gleichzeitig traf Chinas Maßnahme aber auch Europa.

Im Zentrum von Trumps geopolitischer Begehrlichkeit steht das zum EU-Mitglied Dänemark gehörende Grönland, die arktische Insel von der Größe Westeuropas. Weil durch den Klimawandel die

„Schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne anderswo wirken sich auch auf die Beschäftigten in Österreich aus.“

Lisa Mittendrein, AK-Ökonomin

Eisdecke schmilzt, öffnen sich neue Schifffahrtswege, und die Förderung riesiger Rohstoffvorkommen wird bald möglich. Im ersten Anlauf wehrten die Europäer:innen Trumps Forderung ab. Doch die Ruhe ist nur vorübergehend, wie die dänische Regierung befürchtet.

Unter dem Eis Grönlands wird eine Vielzahl an Rohstoffen vermutet, von Öl und Gas über Uran, Platin und Wolfram bis hin zu besonders großen Vorkommen von seltenen Erden wie Neodym und Dysprosium.

Wofür braucht man welche Mineralien?

Batterien, E-Autos	Lithium, Grafit, Nickel, Kobalt, Mangan, Kupfer, Silizium
Windkraft, Magnete	seltene Erden, Bor
Smartphone & Co	Silizium, Gallium, Germanium, Kupfer
Rüstung, Luftfahrt	Titan, Wolfram, Gallium, Germanium, seltene Erden
Wasserstoffmotor	Platinmetalle, Nickel, Kupfer
Photovoltaik	Silizium, Kupfer, seltene Erden

Koste es, was es wolle!

„An sich sind diese Erden gar nicht selten“, sondern in vielen Regionen in schwacher Konzentration in der Erdkruste eingelagert, erklärt die Rohstoffexpertin Küblböck. Abbau und Aufbereitung sind aber finanziell aufwendig und umweltbelastend. China nehme die Folgen in Kauf. Die Region Bayan-Obo in der inneren Mongolei, wo ein großer Teil der seltenen Erden gefördert wird, sei stark durch den Bergbau belastet. (Umweltorganisationen berichten von riesigen Abrauhalden mit giftigem Material, ungereinigten Abwässern im Ausmaß mehrerer Millionen Liter pro Jahr und schwefelhaltigem Staub, der Lungenkrebs verursacht.)

Bei den seltenen Erden sind die EU-Staaten fast zu 100 Prozent von China abhängig, bei anderen Rohstoffen sieht es ähnlich

aus: Bor (für Glas und Keramik, Halbleiter und AKW-Steuerung) kommt zu 90 Prozent aus der Türkei, drei Viertel des Kobalts (für Batterien, Magneten und Katalysatoren) aus der Demokratischen Republik Kongo. Lithium (von dem die Batterie jedes Elektroautos bis zu zehn Kilo braucht) wird vorrangig im Grenzgebiet von Argentinien, Bolivien und Chile gefördert.

Das alles führte in der EU zum Umdenken, so Küblböck. Vom vollen Vertrauen in den freien Markt schwenkte man zur staatlichen Förderung der industriellen Produktion. Zur Rohstoffsicherung schloss die EU mit Förderländern von Kanada bis Namibia „strategische Partnerschaften“, die Europäische Investitionsbank stellte Milliardenkredite für Exploration, Abbau und Verarbeitung in Aussicht.

Konkret will man bis 2030 von keinem Land außerhalb der EU zu mehr als 65 Prozent abhängig sein. 10 Prozent des Rohstoffbedarfs sollen in der EU abgebaut, 40 Prozent hier verarbeitet werden. Und künftig sollen 25 Prozent der wichtigsten Rohstoffe aus dem Recycling kommen.

Vor Kurzem zog der Europäische Rechnungshof eine ernüchternde Zwischenbilanz: Die Sicherung der Rohstoffversorgung scheine außer Reichweite zu sein, Engpässe könnten drohen. Die erhoffte Diversifizierung der Importe habe noch nicht zu „greifbaren Ergebnissen“ geführt, das Bergbau-Revival in Europa brauche wegen langer Genehmigungsverfahren noch Jahrzehnte, das Recycling stecke erst in der Anfangsphase. „Daher ist es für die EU entscheidend, sich stärker ins Zeug zu legen“, resümierte die Prüferin Keit Pentus-Rosimannus, Ex-Finanzministerin Estlands.

Verantwortung? Fehlanzeige!

Die Einhaltung von Sozial- und Menschenrechten kommt im Bericht nur indirekt vor. Auf einer Weltkarte mit den wichtigsten Rohstoffpartnern weist die Mehrheit dieser Länder niedrige „Governance-Werte“ auf. Das heißt, dass die Regierenden dort wenig willens oder imstande sind, Gewalt und Terrorismus zu verhindern, Rechtsstaatlichkeit und Mitspracherechte zu garantieren sowie Korruption zu bekämpfen.



Auf A&W-Nachfrage, ob Themen wie gefährliche Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit, Unterdrückung von Gewerkschaften, Umweltzerstörung und illegale Landnahme untersucht wurden, ließ uns Pentus-Rosimannus wissen, dass solche Fragen zwar „hochrelevant“, aber nicht Teil des Prüfungsauftrags gewesen seien.

Arbeitsrechte würden von der EU mit ihren Partnerländern aber durchaus besprochen. Eine Verordnung für die „Konfliktminerale“ Zinn, Tantal, Wolfram und Gold aus Hochrisikogebieten verlange zudem von Importeuren, sicherzustellen, dass sie nicht zu Menschenrechtsverletzungen beitragen. Ähnliche Sorgfaltspflichten würden im Lieferkettengesetz verlangt.

Für Rohstoffexpertin Küblböck sind diese Verpflichtungen „schwach, weil es keine Sanktionen gibt, wenn man sie nicht einhält“. Die fehlenden Konsequenzen bemängelt auch Lisa Mittendrein, Globalisierungsökonomin der AK. Dass sich die EU immerhin zur Überprüfung der Lieferketten durchgerungen habe, sei dem „Druck der Gewerkschaften und aus der Zivilgesellschaft“ zu verdanken.

Von Wirtschaftsverbänden als „Bürokratiemonster“ verteufelt, hat die EU die neuen Schutzbestimmungen gleich wieder verwässert. So trifft die Verantwortung für die Lieferketten nur noch Großunternehmen ab 5.000 Beschäftigten und 1,5 Milliarden Euro Jahresumsatz. Ihre Pflichten wurden abgeschwächt. Küblböck ergänzt: „Schon aus der Risikoperspektive sollte man seine Lieferanten kennen.“ (Was sonst schiefgehen kann, zeigte sich kürzlich, als mehrere Anbieter von Babynahrung ihre Produkte aus den Regalen nehmen mussten, weil ein aus China gelieferter Zusatzstoff gefährlich verunreinigt war.)

Auswirkungen auf Beschäftigte

In den Handelsabkommen der EU mit verschiedenen Weltregionen würden Rohstoffe „eine immer wichtigere Rolle“ spielen, betont Mittendrein. Es gäbe zwar „schöne Bekenntnisse, dass man die Rohstoffländer dabei unterstützen will, eigene Industrien zu entwickeln“, damit Mineralien nicht nur abgebaut und zur Verarbeitung nach Europa verschifft werden. Tatsächlich sagten die Verträge aber

meist anderes: Förderländer wie etwa Chile „dürfen keinerlei Exportbeschränkungen verhängen und nicht darüber bestimmen, was sie selbst verarbeiten wollen“, so Mittendrein.

Anders agiert da China, das sich mit der Finanzierung von Häfen und Eisenbahnen das Wohlwollen rohstoffreicher Länder sichert. So unterstützt China Indonesien dabei, seinen großen Schatz an Nickel und Bauxit selbst aufzubereiten (und dann an chinesische Stahl- und Aluminiumwerke zu liefern). Die EU, die mit Indonesien soeben ein Freihandelsabkommen ausgehandelt hat, muss wohl schlucken, dass es dort für nicht aufbereitetes Nickel und Bauxit Exportverbote gibt.

Mittendrein verweist auf Berichte von katastrophalen Bedingungen im Bergbau Indonesiens. Streiks würden blutig niedergeschlagen, es gäbe in dem riesigen Inselreich 1,8 Millionen Zwangsarbeiter:innen (die etwa mit falschen Online-Angeboten für Facharbeiter:innen oder Hausangestellte in Arbeitsklaverei und Zwangsprostitution gedrängt werden).

Dagegen aufzustehen sei nicht nur ein moralisches Gebot, versichert Mittendrein: „Wir spüren das ganz direkt, weil sich schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne anderswo auch auf die Beschäftigten hier auswirken.“ Etwa durch Druck auf das hiesige Lohnniveau oder Jobverluste, wenn Arbeitsplätze ausgelagert werden. Angesichts der geopolitischen Bedrohungen würden in der EU jetzt aber „die Interessen der Beschäftigten, Umweltthemen und der Klimaschutz auf die Rücksitze geschoben“.

Als raren Lichtblick sehen die befragten Expertinnen Österreichs Bekenntnis zur künftigen Kreislaufwirtschaft mit viel Reparatur, Recycling und Upcycling (Taschen aus Lkw-Planen, Möbel aus Holzpaletten). Auch die Jobs schaffende Rückkehr des Bergbaus nach Europa sei laut AK-Expertin Mittendrein willkommen, sofern dabei die höchsten Standards von Arbeits- und Umweltschutz eingehalten werden.

Österreich könnte dazu zukunftsweisendes Know-how beisteuern: So entwickelte die Montanuniversität Leoben ein Verfahren, mit dem es erstmals möglich ist, seltene Erden umweltschonend im Untertage-Bergbau zu gewinnen. ▸

Gerechtigkeit in Zahlen

Die Arbeiterkammer ist eine wichtige Stütze für alle österreichischen Arbeitnehmer:innen. Das zeigt sich nicht zuletzt in ihrer jährlichen Leistungsbilanz.

TEXT A&W REDAKTION

Mehrere Millionen Beratungen im Jahr und fast eine Milliarde Euro für Beschäftigte: Auf den ersten Blick erfreuen die Leistungskennzahlen der Arbeiterkammer für das Jahr 2025. Doch sie seien auch ein „Spiegel der wirtschaftlichen Lage“, wie AK-Direktorin Silvia Hruška-Frank bei der Präsentation der Ergebnisse Ende Februar betonte.

Wenn Unternehmen Arbeitsplätze abbauen, die Insolvenzen und generell der Arbeitsdruck in wirtschaftlich schwierigen Zeiten steigen, dann macht sich das in den Zahlen der AK bemerkbar. Einen Auszug aus den Leistungen der Interessenvertretung haben wir hier:

948 Millionen Euro konnte die AK im vergangenen Jahr für ihre Mitglieder erkämpfen. Das sind um 15 Prozent mehr als im Jahr davor. Vor allem in den Bereichen Konsumentenschutz, Arbeits- und Steuerrecht sowie Insolvenzen konnten hohe Summen erstritten werden.

94.600-mal wurden 2025 Mitglieder gerichtlich und außergerichtlich von der AK vertreten.

2,3 Millionen Beratungen führte die Arbeiterkammer 2025 durch – telefonisch, schriftlich, persönlich. Der Löwenanteil entfiel auf die Bereiche Arbeitsrecht, Sozial-

recht und insolvenzrechtliche Beratungen. Vor allem Insolvenzen standen 2025 im Fokus.

4,7 Millionen schriftliche Ratgeber wurden im Vorjahr versandt oder online heruntergeladen, allen voran zu den Themen Steuersparen, Beenden von Arbeitsverhältnissen und Kinderbetreuungsgeld.

1.100 Stellungnahmen und Begutachtungen zu Gesetzen und Verordnungen wurden im Vorjahr von der AK verfasst.

2,2 Millionen Medien wurden aus den AK-Bibliotheken ausgeliehen.

Die größten Erfolge 2025

Gebühren zurück: Die Kreditbearbeitungsgebühren mehrerer Banken sind rechtswidrig, das setzte die AK gerichtlich durch. Betroffene erhalten unzulässig eingeforderte Gebühren aus Hunderttausenden Verträgen, insgesamt in Millionenhöhe, zurück.

Parkplatzabzocke: Kurz wo halten, und schon heißt es: Besitzstörung? Die AK geht gegen dubiose Geschäftspraktiken rund ums Parken vor – mit Beratung, Gerichtsverfahren und einer gesetzlichen Änderung. 2025 wurden Fälle im Ausmaß von rund 100.000 Euro erledigt.

Betriebskosten zu hoch: Die AK klagte im vergangenen Jahr erfolgreich wegen unzulässiger Betriebskostenklauseln. Betroffene Mieter:innen erhielten Rückzahlungen in Höhe von insgesamt 1,28 Millionen Euro – im Schnitt rund 2.500 Euro pro Haushalt!

Fallbeispiel: Kein Pflegegeld für Baby

Ein schwerkrankes Baby kämpfte mit epileptischen Anfällen und massiven körperlichen Beeinträchtigungen. Doch die Pensionsversicherungsanstalt PVA lehnte den Antrag auf Pflegegeld ab. Die AK zog vor Gericht. Das Ergebnis: Pflegestufe 6 – und die gilt rückwirkend.

Fallbeispiel: Falsche Abfertigung

Einem Dienstnehmer wurde die Abfertigung fehlerhaft nach dem alten Abfertigungssystem berechnet. Die AK intervenierte, forderte eine Korrektur, und dem Arbeitnehmer wurde im Endeffekt die Differenz ausbezahlt: mehr als 19.000 Euro.

Fallbeispiel: Betrug beim Pelletskauf

Herr R. hat im Internet Pellets für den Winter bestellt. Plötzlich sollte er dafür aber doppelt so viel bezahlen wie bei der Bestellung angegeben. Die AK klärte rechtzeitig auf: Es handelte sich um einen Fake-Shop. Unnötige Kosten in Höhe von 1.800 Euro blieben Herrn R. auf diese Weise erspart. ▀

Wie sollten wir über die Klimakrise sprechen?

Es wäre schön, wenn Laien – aber auch viele Journalist:innen – überhaupt noch über das Thema reden würden. Zu oft wird es ignoriert oder gar „verschwurbelt“: Meist wird die Schuld für die Klimakrise dann bei anderen gesucht – in China oder bei den US-Amerikaner:innen, während wir vermeintlich „die Guten“ sind.

Mit der Faktenlage hat das leider wenig zu tun, denn auch unsere Emissionen sind nach wie vor viel zu hoch. Wie sollten Expert:innen darüber reden? Mein Anspruch ist, ehrlich zu sagen, was Sache ist: „Hoch wer’ ma’s nimma g’winnen“ – aber genau des-

halb gilt es jetzt, das Richtige zu tun – umso mehr, wenn die Krise schleichend in eine Katastrophe übergeht und man von Nachfahr:innen früher oder später gefragt werden wird: „Was hast du eigentlich damals getan? Wann hast du aufgehört zu fliegen?“

Entweder, wir lernen, uns der schwelenden Katastrophe zu stellen, oder rechtsextreme Realitätsverweiger:innen werden profitieren, etwa indem sie die Verantwortung wegschieben und das Blaue vom düsteren Himmel versprechen. Nicht mehr ehrlich zu sagen, was ist: Das wäre jedenfalls die ultimative Kapitulation vor der Realität.



REINHARD STEURER

PROFESSOR FÜR KLIMAPOLITIK, BOKU UNIVERSITY WIEN

Die Füße stillhalten



Das süße Nichtstun gilt generell als eine der leichtesten Übungen. Bitter wird es, wenn durchaus etwas zu tun wäre, aber nichts getan werden darf. Die allermeisten Arbeitnehmervertreter:innen kennen die Krux: Die Probleme von Kolleg:innen schlagen bei Betriebsrat, Gewerkschaft oder Arbeiterkammer auf, schildern ihre Anliegen, werden beraten, über Handlungsmöglichkeiten aufgeklärt, und dann endet das Gespräch ihrerseits mit den berühmten vier Worten: „Aber bitte nichts tun.“

Das Wissen um Unrecht – von zweifelhaften Inhalten im Arbeitsvertrag, Arbeitszeitüberschreitungen und Ruhezeitüberschreitungen über nicht bezahlte Leistungen bis hin zu kreativen Auslegungen von Kollektivverträgen und Gesetzen – verbunden mit der dringenden Aufforderung, nichts zu unternehmen, hinterlässt massives Unbehagen bei uns Belegschaftsvertreter:innen. Der Wunsch der Ratsuchenden ist jedenfalls zu respektieren und auch verständlich: Die Durchsetzung von Ansprüchen im aufrechten Dienstverhältnis kann unerwünschte Nebenwirkungen zur Folge haben.

Das österreichische Arbeitsrecht ist auf dem Papier stark, ermächtigt Arbeitnehmer:innen im betrieblichen Alltag aber nur bedingt. Ist in einem Unternehmen der Respekt vor Rechtsnormen und dem Wert von Arbeitsleistung unterentwickelt, wird die Anmeldung von Ansprüchen gerne als Affront aufgefasst und zur Machtfrage erklärt. Betroffene können Zustehendes zwar erfolgreich erstreiten, allerdings nicht selten

um den Preis der Erfahrung, letztendlich als zweiter Sieger auszusteigen.

Das starke Arbeitsrecht hat zum Schutz vor „Rachekündigungen“ die Kündigungsanfechtung aufgrund eines verpönten Motivs eingezogen – aber da ist sie wieder, die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis: Prozesse sind nervenaufreibend, dauern bekanntlich oft lange und hemmen die Entwicklung neuer beruflicher Perspektiven. Also: nichts tun. Wenn möglich, wird vielleicht der Job gewechselt. Abseits von Arbeitsverhältnissen, in anderen Rechtsbereichen, wird Geschädigten nicht zugemutet, die Rechtsdurchsetzung mit dem drohenden Verlust der wirtschaftlichen Existenz zu bezahlen. Quer durch die Republik werden 40 Millionen Mehr- und Überstunden jährlich nicht abgegolten – zum Schaden der Arbeitenden und der Sozialkassen.

Wer im Supermarkt den Wagen volllädt, an der Kasse aber nur die Hälfte bezahlt, wird das aufgrund nachfolgender Erfahrungen mit Staatsanwaltschaft und Gericht eher nicht mehr wiederholen. Wer Arbeitnehmer:innen Entgelt systematisch vorenthält, hat gute Chancen, ungeschoren und mit Gewinn davonzukommen. Betroffene ballen die Faust im Sack, Kontrollen sind spärlich und schwierig, kommt es zu Strafen, erfolgen sie in Form sanfter Pädagogik.

Es ist höchste Zeit, das im Jahr 2021 gezähmte Lohn- und Sozialdumpinggesetz nachzuschärfen, die Strafen dem verursachten individuellen und volkswirtschaftlichen Schaden anzupassen und insgesamt das Arbeits- mit dem Strafrecht stärker zu verquicken. Und, damit es nicht beim „Bitte nichts tun“ bleibt, gehören Verfallsfristen, die eine Verjährung nicht ausgezahlter Ansprüche definieren, im aufrechten Dienstverhältnis verboten. ■



UTE GROSS

ist Journalistin, freigestellte Betriebsrätin bei der „Kleinen Zeitung“ und Vorsitzende der Journalist:innengewerkschaft der GPA.



Mehr Kriminalfälle

Die Wirtschaftskriminalität in Österreich nimmt stark zu. Die Fälle haben sich laut Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in zehn Jahren von 22.000 auf rund 50.000 pro Jahr mehr als verdoppelt. Dabei gehe es vor allem um Betrug, Untreue und Krida-Delikte. Kriminelle würden sehr rational vorgehen und auch Entdeckungsrisiken betriebswirtschaftlich einkalkulieren. Momentan sind bei der WKStA rund 200 Ermittlungsverfahren anhängig.

Deutschland wählt den BR

Von März bis Mai finden in unserem Nachbarland die Betriebsratswahlen statt. Und die betriebliche Mitbestimmung braucht in Deutschland dringend engagierte Verfechter:innen: Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft haben nur sieben Prozent der dortigen Firmen eine Arbeitnehmer:innenvertretung, was einen historischen Tiefstand darstellt.

der Migrant:innen aus Nicht-EU-Ländern arbeiten in Österreich unterhalb ihrer Qualifikation, etwa im Handel oder im Tourismus. Das liegt vor allem an Hürden bei der Anerkennung akademischer Abschlüsse, die dringend abgebaut werden müssen.



Wussten Sie ...

... dass im Gesundheits- und Sozialwesen mit GPA, GÖD, younion und vida vier Gewerkschaften die Beschäftigten vertreten? Um die Kräfte zu bündeln, haben sie sich in der ARGE für Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe zusammengeschlossen.

AK-Essaypreis vergeben

Kaum leistbarer Wohnraum in urbanen Gegenden, verschwindende Infrastruktur in Dörfern – und dazwischen viele Klischees und Missverständnisse: Der AK-Essaypreis 2025 rief dazu auf, die Beziehung zwischen Stadt und Land zu beleuchten. Die Preisträgerinnen heißen Cornelia Travnicek (Hauptpreis), Caren Ohrhallinger und Valerie Springer (beide Anerkennungspreis). Die ausgezeichneten Texte können Sie hier lesen:



A close-up photograph of a healthcare worker wearing blue scrubs, a blue surgical mask, and white gloves. A red stethoscope is draped around their neck. The worker's arms are crossed in front of them. In the top left corner, there is a blue rounded rectangle containing the word 'FOKUS' in white capital letters.

FOKUS

Gesundheit!

Das öffentliche Gesundheitswesen in Österreich gerät teilweise ans Limit. Die Beschäftigten stehen aufgrund von Personalmangel unter Druck, Patient:innen sind mit langen Wartezeiten und Versorgungsengpässen konfrontiert. Dieser A&W-Fokus erörtert, welche Reformen eine gute Versorgung für alle wiederherstellen können und wie man verhindert, dass Gesundheit eine Frage des Einkommens wird.

Privat versus Staat

16 Immer mehr Menschen weichen auf private Gesundheitsangebote aus. Die EU verortet bereits ein großes Risiko der Etablierung eines Zwei-Klassen-Systems in Österreich. Wer sind die Profiteure dieser Entwicklung und wie kann gegengesteuert werden?

„Wir haben ein Versprechen gegeben“

20 Korinna Schumann war Vizepräsidentin des ÖGB, seit rund einem Jahr ist sie SPÖ-Gesundheitsministerin. A&W hat die langjährige Gewerkschafterin für ein Interview getroffen und gefragt, wie sie die weitere Privatisierung des öffentlichen Gesundheitssystems aufhalten will.

Kampf dem Zucker

24 Bis zu 800.000 Menschen in Österreich haben Typ-2-Diabetes. Um allen eine gute Versorgung zu bieten, müssten vor allem nichtärztliche Gesundheitsberufe und deren Kassenleistungen ausgebaut werden. Die AK zeigt mit Diabetes-Teams vor, wie's geht.

Heimliche Held:innen

26 Welche Menschen tragen unser Gesundheitssystem abseits der „Götter in Weiß“? Die Branche ist weiblich dominiert, allerdings erhalten viele Beschäftigte nicht die Anerkennung, die sie verdienen. Im Primärversorgungszentrum Tullnerfeld will man das anders machen.

Gesundheit für alle!

31 Niederschwellig und auch geografisch nah dran an den Patient:innen: Für den GÖD-Experten Reinhard Waldhör muss das öffentliche Gesundheitssystem für alle Menschen zugänglich sein. Warum Reformen strukturell ansetzen müssen, erklärt er im Gastkommentar.

Griff in die Kasse

32 In ihrem neuen Buch „Der Coup“ beschreiben die ÖGB-Expertinnen Claudia Neumayer-Stickler und Julia Stroj, was das eigentliche Ziel der Kassenfusion 2018 unter Schwarz-Blau war: die Arbeitnehmer:innen in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung zu entmachten.



Privat versus Staat



Österreichs öffentliches Gesundheitswesen steht unter Kostendruck. Immer mehr Menschen versichern sich deshalb privat oder weichen auf Wahlärzt:innen aus. Woran das liegt und wie man das System stabilisieren könnte.

TEXT CHRISTIAN BUNKE

Der österreichische Sozialstaat gründet auf einem Prinzip: Die Erfüllung von Grundbedürfnissen wie der Gesundheit darf nicht an der finanziellen Situation eines Menschen scheitern. Oberflächlich betrachtet gelingt dies bis heute recht gut. Fast 100 Prozent der Bevölkerung sind über die gesetzliche Pflichtversicherung an das öffentliche Gesundheitswesen ange dockt. Das funktioniert längst nicht in allen EU-Mitgliedstaaten. In Deutschland liegt die Abdeckung etwa bei unter 50 Prozent. Und doch gibt es auch in Österreich wachsende Probleme. Expert:innen warnen vor privaten Akteuren, die aus dem Druck auf das öffentliche Gesundheitssystem Profit schlagen wollen. Denn auch in Österreich lässt sich der Trend Richtung privater Gesundheitsversorgung beobachten.

„Die überdurchschnittliche Abhängigkeit des Landes von privaten Gesundheitsausgaben wirft [...] Fragen der Gerechtigkeit auf, insbesondere aufgrund von Zuzahlungen und der Gefahr der Entstehung eines Zweiklassensystems“, heißt es im „Länderprofil Gesundheit 2025“ der EU-Kommission über Österreich. Laut dem Bericht lagen die Gesundheitsausgaben im Jahr 2023 bei 4.901 Euro pro Kopf und waren damit die zweithöchsten in der EU. 16,5 Prozent aller Ausgaben im Gesundheitswesen waren allerdings Privatausgaben oder wurden für Zusatzversicherungen aufgewendet, etwas mehr als im EU-Durchschnitt.

Weiters bescheinigt der Report der Republik eine der höchsten Ärzt:innen-Dichten in der EU, jedoch mit starken regionalen Unterschieden. In Ballungszentren ist die Dichte höher, im ländlichen Raum niedriger. Wien hat die höchste, Niederösterreich eine der niedrigsten Ärzt:innen-Dichten des Landes. Zudem ist seit dem Jahr 2004 die Zahl der Wahlärzt:innen um 61 Prozent angestiegen. Warnend heißt es so auch im Länderbericht: „Die Stagnation bei Kassenärzten in Verbindung mit einem wachsenden Wahlarztsektor hat [...]

zu einem ‚Warten oder Bezahlen‘-Dilemma für Patienten geführt.“ Aber wie kommt es zu diesem Trend zu mehr privat? „Im Jahr 2024 gab es den größten Anstieg bei den privaten Versicherungen“, sagt Wolfgang Panhölzl, Leiter der Abteilung Sozialversicherung in der Arbeiterkammer Wien. „Das hat sicher mit der verstärkten Diskussion über die Mängel im öffentlichen Gesundheitswesen zu tun. Seit der COVID-Pandemie hat die Versorgungssituation nicht mehr dasselbe Niveau erreicht wie in den Jahren davor.“



Panhözl bestätigt, dass 39 Prozent der versicherungspflichtigen österreichischen Bevölkerung eine zusätzliche private Krankenversicherung haben. Der Trend sei schon lange beobachtbar. Im Zuge der Pandemie habe er sich nochmals beschleunigt. Der Druck auf das Gesundheitswesen steigt laut Panhözl von verschiedenen Richtungen her. Eine alternde Bevölkerung treffe auf immer größere Finanzierungsvorbehalte seitens öffentlicher Kassen: „Auf die Österreichische Gesundheitskasse kommt als Folge der Kassenreform der vergangenen Jahre ein großes Defizit in Höhe von 500 Millionen Euro zu.“ Durch die Fusionierung der Sozialversicherungsträger unter der schwarz-blauen Regierung im Jahr 2018 sei der Krankenversicherung strukturell Geld entzogen worden. „Gleichzeitig werden in den Spitälern weniger Leistungen angeboten. Das erhöht wiederum den Druck auf den niedergelassenen Bereich und verstärkt Bewegungen in Richtung Wahlärzt:innen“, so Panhözl.

Das Abrechnungssystem für Kassenärzt:innen sei darauf ausgerichtet, möglichst viele Leistungen in möglichst kurzer Zeit abzurechnen. „Pro Leistung erhalten Kassenärzt:innen einige Euro. Deswegen haben sie ein Interesse daran, möglichst viele Einzelleistungen zu erbringen, was man ja auch verstehen kann“, erklärt der AK-Experte. Zeit, sich eingehend mit den Problemen und Fragen der Patient:innen zu beschäftigen, gebe es dadurch kaum. Und es entstünde dadurch unter niedergelassenen Ärzt:innen die Motivation, Privattermine anzubieten. Panhözl rechnet vor: „Ein Wahlarzttermin dauert rund 20 Minuten. Dann sehe ich als Arzt drei Patient:innen pro Stunde. Das sind 20 Patient:innen pro Tag, mit

denen ich mich ordentlich auseinandersetzen kann. Da kann man über den Sachverhalt ordentlich reden, man kann Vorschläge machen. Als Kassenarzt sehe ich vielleicht 80 Patient:innen pro Tag für jeweils zwei Minuten. Befriedigend ist das nicht.“

Brennpunkt Frauengesundheit

Zeit ist in der medizinischen Versorgung also Mangelware. Ein Bereich, in dem sich die Folgen der Engpässe in der öffentlichen Versorgung besonders deutlich zeigen, ist die Frauengesundheit. Vor allem Frauen würden in den Wahlärzt:innensektor getrieben, befindet etwa Miriam Hufgard-Leitner, Fachärztin für innere Medizin mit einer Spezialisierung auf Gendermedizin und Stoffwechselerkrankungen. Sie ist außerdem Präsidentin der Organisation der Ärztinnen Österreichs. „Bei der Liste der Fachärzt:innen, für die privat bezahlt wird, ist der Anteil der Gynäkolog:innen besonders hoch“, erklärt sie. „Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass hier der Mangel im kassenärztlichen Bereich besonders ausgeprägt ist. Es fehlt einfach flächendeckend an Kassenverträgen in der Qualität, die Frauen verdienen.“ Dies sei eine Lücke, die dringend geschlossen werden müsse.

Auch der „Frauengesundheitsbericht 2022“ des Gesundheitsministeriums zeigt, wie durch Versorgungsmängel strukturelle Ungleichheiten verstärkt werden. Konkret heißt das unter anderem, dass in Österreich bislang keine einzige repräsentative Studie über Menstruationsgesundheit durchgeführt wurde. Gleichzeitig beklagt



gen in Österreich mehr Frauen als Männer, dass es ihnen schwerfalle, von Ärzt:innen Informationen zu bekommen. Das trifft vor allem auf Frauen zu, die in einer schwierigen finanziellen Situation sind oder mit einer chronischen Erkrankung umgehen müssen. Das ist unter anderem deshalb problematisch, weil Beschäftigte im Gesundheitswesen bei Fällen häuslicher Gewalt oftmals die einzigen Personen sind, die Spuren von Gewaltausübung feststellen und mit Betroffenen reden können – oder reden *könnten*, wenn denn die Zeit dafür wäre.

Allein, dass es den Frauengesundheitsbericht gibt, ist in Österreich keine Selbstverständlichkeit. Über zehn Jahre lang hat es gedauert, bis er als Neuauflage seines Vorgängerberichts erschienen ist. Die Autor:innen stießen dabei auf allerlei Hindernisse: „Bei der Erstellung des Frauengesundheitsberichts erwies sich die Datenglage als besondere Herausforderung. Die verwendeten Daten und Informationen stammen häufig nicht aus Österreich, da sie entweder nicht vorhanden, nicht repräsentativ oder schwer zugänglich sind“, heißt es in dem Papier. „Dabei gibt es Erkrankungen, die ausschließlich Frauen betreffen. Und es gibt Erkrankungen, die Frauen anders betreffen als Männer. Dennoch werden Medikamente in der Regel nur an Männern getestet. Dadurch haben Frauen oft Nebenwirkungen, die von den Herstellern nicht benannt werden. Sich mit alldem auseinanderzusetzen braucht Zeit“, ergänzt Hufgard-Leitner.

Besonders drastisch werden frauenspezifische Versorgungslücken in einer Situation, in der laut EU-Länderbericht mehr Frauen als Männer im Alter von Einschränkungen und chronischen Erkrankungen betroffen sind. Frauen haben in Österreich zwar eine längere Lebenserwartung als Männer, sind aber im Schnitt auch länger als Männer von Krankheiten betroffen. Gerade bei chronischen und seltenen Erkrankungen sei es wichtig, gehört zu werden. „Und hierfür braucht es Zeit. Wenn Patient:innen sich alleine gelassen fühlen, dann erzeugt das bei ihnen ein Gefühl der Unsicherheit und einen Vertrauensverlust, weil sie fürchten, dass ihnen niemand helfen kann“, sagt Hufgard-Leitner. Dies werde verstärkt durch Mängel im System.

Gesundheit? Wenn sich's ausgeht

Auch für die Beschäftigten im Gesundheitssystem steigen Arbeitsbelastung und Druck, wie etwa Gerald Mjka beobachtet. Der gelernte Gesundheits- und Krankenpfleger ist Betriebsrat im Krankenhaus Göttlicher Heiland in Wien und in der Gewerkschaft *vida* für den Fachbereich Gesundheit zuständig. Dass private Gesundheitsversicherungen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind, bereitet ihm Sorgen. „Gesundheitsversorgung ist zu großen Teilen immer eine Vorhalteleistung“, sagt er. „Und Vorhalteleistungen sind betriebswirtschaftlich immer unrentabel. Der private Bereich wird sich um diese unrentablen Bereiche niemals kümmern.“ Als Bei-



Die Ärztin Miriam Hufgard-Leitner kritisiert die medizinische Versorgungslage für Frauen in Österreich: Sie würden in den Wahlärzt:innensektor gedrängt.

spiel führt Mjka die Versorgung von Unfallopfern an: „Da muss auf Knopfdruck ein ganzes Team von Spezialist:innen parat stehen. Die müssen quasi auf den Unfall warten. Ein privates Spital kann das nicht leisten.“

Mjka verfolgt auch die Diskussionen darüber, ob bestimmten Menschengruppen wie Asylsuchenden nicht mehr die vollen Leistungen des Gesundheitswesens angeboten werden sollen. Vorgeschlagen hatte das etwa ÖVP-Bundeskanzler Christian Stocker. „Vielleicht wird dann als Nächstes Erwerbslosen gesagt, sie kriegen nur mehr eine sogenannte Basisversorgung“, gibt er zu bedenken. Für Mjka besteht hier ein Zusammenhang mit Entsolidarisierungstendenzen, die durch die Unterfinanzierung des Gesundheitswesens befördert werden. „Wenn ich zum Beispiel 18 Monate auf eine Knie-Operation warten muss, dann bedeutet das 18 Monate Schmerzen, vielleicht 18 Monate Arbeitsunfähigkeit. Wenn ich mir das über eine private Zusatzversicherung leisten kann, bleiben all jene auf der Strecke, die sich das nicht leisten können.“ Genau so entstünde die Zwei-Klassen-Medizin, so Mjka. „Und wer wird denn am häufigsten krank? Es sind die Arbeiter:innen, die die gefährlicheren und gesundheitsschädlicheren Berufe ausüben – genau die Personengruppe, die sich eine Zusatzversicherung nicht leisten kann.“

Tatsächlich ist der private Bereich im österreichischen Gesundheitswesen auch ein Tummelplatz riesiger Konzerne. Laut aktuellen Angaben des Versicherungsverbandes Österreich sind die größten

Anbieter privater Zusatzversicherungen die UNIQA mit 43 Prozent Marktanteil, die Merkur Versicherung mit knapp 19 Prozent Marktanteil und die Wiener Städtische mit über 17 Prozent Marktanteil. Aus reiner Nächstenliebe dürften diese Unternehmen jedoch nicht im Gesundheitsbereich tätig sein. Eher geht es um Profite, oftmals auf Kosten von Patient:innen. Kritisch sieht diese Entwicklung Agnes Streissler-Führer, stellvertretende Landesstellen-Ausschussvorsitzende der ÖGK in Wien. „Wir dürfen uns nicht der Marktlogik unterwerfen“, sagt sie. „Diese funktioniert nicht im Sinne der Patient:innen. Patient:innen und Konzerne agieren nicht gleichberechtigt. Es handelt sich um Machtverhältnisse.“

Kosten dämpfen

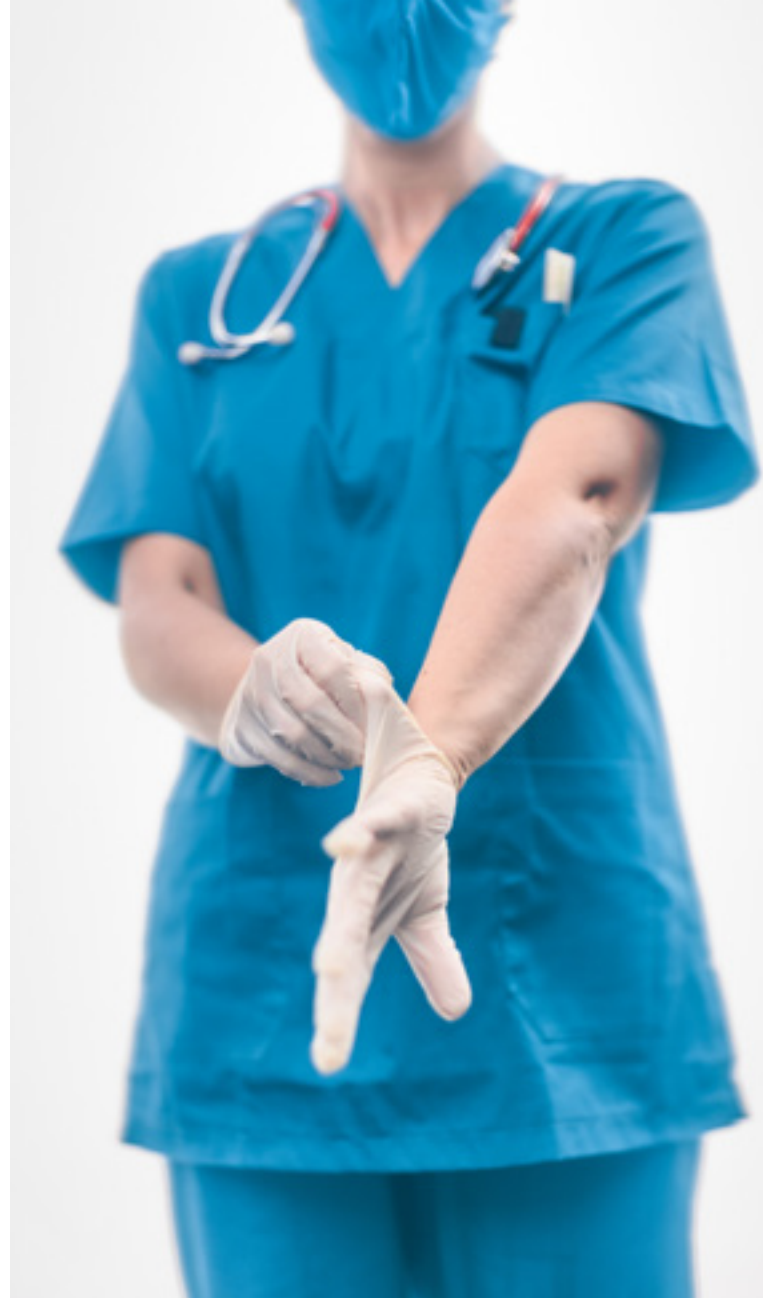
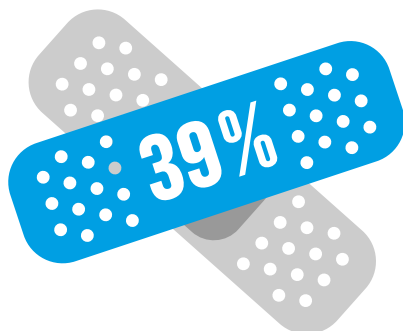
Streissler-Führer fordert öffentliche Investitionen in ein zukunftsfähiges, solidarisches Gesundheitswesen. Oft würden Pläne in diese Richtung jedoch unter Finanzierungsvorbehalt gestellt, also nicht unbedingt umgesetzt, wenn das Budget dafür auf Landes- oder Bundesebene fehlt. Aber wo der Staat nicht investiert, lauern private Versicherungs- und Gesundheitskonzerne auf ihre Chance.

Mit der Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen zur ÖGK sei dem öffentlichen Gesundheitswesen viel Geld verloren gegangen, das nun in den Privatsektor fließt. Diese Einsparungen müssten zurückgenommen werden, so Streissler-Führer. Daneben seien aber weitere Reformen nötig. Der Individualisierung im niedergelassenen Bereich, wo 90 Prozent aller Ärzt:innen in Einzelordinationen arbeiten, müsse gegengesteuert werden. „Wir brauchen vergemeinschaftete Organisationsformen. Der Weg geht dorthin, wie wir am Trend hin zu mehr Primärversorgungszentren sehen. Wir brauchen interdisziplinäre Zentren, die sich mit spezifischen Themen befassen, wie zum Beispiel Diabeteszentren oder Schmerzzentren.“

Streissler-Führer ist damit auf einer Linie mit Wolfgang Panhölzl von der AK. Der Begriff, den er verwendet, lautet „investive

Anteil der Menschen in Österreich mit privater Zusatzversicherung

Quelle: Arbeiterkammer



Kostendämpfung“: „Es geht um den Strukturwandel, der nötig ist, damit Menschen länger gesund bleiben und am richtigen Ort behandelt werden, nämlich nicht im vergleichsweise teuren Krankenhaus, sondern im niedergelassenen Bereich“, sagt Panhölzl. Dafür brauche es Ressourcen- und Finanzierungspläne, um zu eruieren, welche Investitionen wo gebündelt werden müssen. Als Beispiel nennt Panhölzl spezialisierte Diabetes-Zentren, die multidisziplinär arbeiten. Der Aufbau solcher Einrichtungen brauche zwar anfangs Investitionen, wirke aber langfristig kostendämpfend.

Das ist die Richtung, in die auch Streissler-Führer denkt. Die Vorteile derartiger Einrichtungen lägen auf der Hand: „Es gibt eine viel bessere Anbindung und Betreuung für die Patient:innen“, sagt sie. Diese müssten nun nicht mehr lange Wege in Kauf nehmen, sondern hätten einen unkomplizierteren Zugang zu den für sie nötigen Gesundheitsangeboten. Und noch etwas sei wichtig, betont die Gewerkschafterin: „Für die Beschäftigten bedeutet es bessere Arbeitszeiten, weniger Stress und auch das Recht, selber ohne schlechtes Gewissen krank sein zu dürfen.“ ▀

„Wir haben ein Versprechen gegeben“

Bundesministerin Korinna Schumann (SPÖ) betont im Interview die Vorzüge des öffentlichen, solidarischen Gesundheitssystems – und dass die Regierung Privatisierungen zurückdrängen wird. Schumann setzt auf Digitalisierung, Primärversorgungseinheiten und mehr Bewusstsein für Frauengesundheit.

INTERVIEW RICHARD SOLDER

Zwei Begriffe, die Gesundheitsministerin Korinna Schumann oft erwähnt, sind zwar sperrig, haben es aber in sich: Gesundheitsreformfonds und Primärversorgungseinheiten (PVEs). Ersterer soll die Lösung sein, wenn man in Zeiten, in denen Österreich sparen muss, dennoch in das öffentliche Gesundheitswesen investieren will. 500 Millionen Euro jährlich stehen zur Verfügung, Einnahmen der Krankenversicherung werden dafür zweckgebunden umgeleitet. Fließen soll Geld dabei nicht zuletzt in den Ausbau der PVEs, in denen Allgemeinmediziner:innen mit weiteren Gesundheitsberufen zusammenarbeiten. Ziel ist es, die Spitäler und Ordinationen zu entlasten. Kann so die Mammutaufgabe gelingen, das Gesundheitssystem zu modernisieren und Versorgungslücken zu schließen? Wir haben nachgefragt.

Arbeit&Wirtschaft: Lange Wartezeiten auf Operationen, Ärzt:innen, die nur noch privat ordinieren – viele Menschen finden, das System krankt. Was funktioniert da nicht, und wie kann man es reparieren?

Korinna Schumann: Wir haben ein gutes, starkes öffentliches Gesundheitssystem. Es ist dringend notwendig, dass man es stabilisiert und in die Zukunft bringt. Wir haben eine Menge Herausforderungen, beispielsweise die demografische Entwicklung. Mein Ziel ist es, dieses öffentliche, solidarische Gesundheitssystem aufrechtzuerhalten und das Vertrauen der Menschen in selbiges wiederherzustellen.

Stichwort Demografie: Wir haben eine alternde Bevölkerung und eine sinkende Zahl von Erwerbstätigen. Dazu steht Österreich unter Spardruck. Wie kann sich das ausgehen?

Man kann schon Dinge bewegen. Und das machen wir jetzt durch die Reformpartnerschaft – Bund, Länder, Gemeinden, Städte und Sozialversicherung gemeinsam. Es geht darum, Synergien zu nutzen und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.


Wie kann man dabei sicherstellen, dass Innovationen nicht dem Sparstift zum Opfer fallen?

Innovationen sind der Treiber für eine Reform. Medizin wird immer digitaler, es wird mehr und mehr KI verwendet. Da gilt es zu modernisieren, Stichwort ELGA und Telemedizin.

Wie groß ist der Faktor Stimmungsmache, also dass private Anbieter und Konzerne das öffentliche Gesundheitswesen schlechtreden?

Groß! Also man muss immer schauen, von wem veröffentlichte Zahlen und Fakten stammen, wer Studien gemacht hat. Da sind oft die Interessenlagen jener vertreten, die Geschäfte mit der Gesundheit machen möchten. Weil: Mit Gesundheit lässt sich gut Profit machen. Jeder Mensch möchte geheilt werden, gesund sein. Die Privatisierungstendenzen zurückzudrängen muss die Aufgabe dieser Bundesregierung sein: Wir haben eine Versorgungsanalyse durchgeführt, die bis Ende April fertig ist. Darauf aufbauend werden wir handeln.

Die Regierungskoalition besteht aus drei sehr unterschiedlichen Parteien, die teils

A portrait of Korinna Schumann, a woman with short blonde hair, wearing a dark blue long-sleeved top and a watch on her left wrist. She is standing in a well-lit, possibly historical, interior space with stone architectural details. The background is softly blurred.

*Korinna Schumann,
geboren 1966 in Wien,
arbeitete seit 1989 im Sozial-
ministerium und wurde kurz
darauf Teil der Personal-
vertretung. Bevor sie 2025
in die Regierung wechselte,
war sie u. a. Präsidentin des
Bundesrates (2022), Bun-
desfrauenvorsitzende sowie
Vizepräsidentin des ÖGB
(beides seit 2018).*

sehr arbeitgeber:innenfreundlich sind. Macht es das schwierig?

Die Interessenlagen sind oftmals verschieden. Aber wir haben vor über 70 Jahren mit dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz ein Versprechen abgegeben – das eines solidarischen öffentlichen Gesundheitssystems, das Menschen unabhängig davon versorgt, wie viel sie im Geldbörserl haben, wie alt sie sind oder wo sie wohnen. Dieses Versprechen gilt es zu halten. In anderen Staaten, etwa den USA, kann man sehen, welche Belastungen auf Menschen zukommen, die bei Behandlungen und Operationen nicht abgesichert sind. Das würde unser Land auch im gesamten Sozialgefüge stark belasten.

Aber was können Sie konkret machen, um diese schleichende Privatisierung umzukehren? Wir haben nur um 0,4 Prozent mehr Kassenärzt:innen als im Jahr 2000, aber fast 150 Prozent mehr Wahlärzt:innen. Wir haben den Gesundheitsreformfonds mit 500 Millionen Euro. Der kann etwas bewirken. Eine der Zielrichtungen sind PVEs, Primärversorgungseinheiten, die wir intensiv ausbauen. Die sind in den Versorgungsstrukturen wesentlich, auch im ländlichen Bereich. Allgemeinärzt:innen können sich zusammenschließen und nichtärztliche Berufe wie Sozialberatung oder Pflegeberatung dazu nehmen. PVEs sind das Zukunftsmodell – als Ergänzung zum niedergelassenen Bereich.

Und die anderen Zielrichtungen für den Fonds?

Ausbau der Prävention und Vorsorge: Das beginnt bei Kindern und Jugendlichen. Beim mittleren Alter geht es darum, zielgerichtete Vorsorgeuntersuchungen anzubieten. Dazu kommt der Ausbau von Pflege und Therapie – eben auch in PVEs.

Wo steht man in der Aushandlung eines Gesamtvertrags für Ärzt:innen mit der ÖGK? Der Rechnungshof hat sich diesbezüglich für eine Entmachtung der Länderkammern ausgesprochen. Was sagen Sie dazu?



Mit einem Fonds und zusätzlichen 500 Millionen Euro pro Jahr will Gesundheitsministerin Korinna Schumann das öffentliche Gesundheitswesen stabilisieren.

Ich richte keiner Kammer medial aus, dass sie entmachtet werden soll. Ich komme aus der Gewerkschaft, aus der Sozialpartnerschaft. Da redet man miteinander, findet Lösungen. Allen Beteiligten ist klar, dass jetzt etwas passieren muss.

2018 gab es unter der ÖVP-FPÖ-Regierung die Kassenfusion samt angekündigter Patient:innenmilliarde. Sie brachte dann aber sogar höhere Kosten. Wie viel Vertrauen in der Bevölkerung wurde damit verspielt?

Sehr viel. Das zeigt, wie man eine Reform nicht machen sollte. Wenn ich diese nur mit der Prämisse der Entmachtung eines Teils der Selbstverwaltung durchführe, kann das nicht funktionieren. Im Regierungsprogramm steht die Evaluierung der Sozialversicherungsreform. Die Patient:innenmilliarde war ein Marketingschmäh, das war unanständig. Man hat mit allen Mitteln versucht, das umzusetzen, etwa behauptet, dass die Funktionär:innen so viel Geld für ihre Tätigkeit bekommen würden. Dabei haben sie nur geringe Sitzungsgelder erhalten. Das hat sicher nicht dazu beigetragen, das Vertrauen in unser Sozialversicherungssystem auszubauen.

Wie kann man dieses Vertrauen stärken? Muss man mehr kommunizieren, was funktioniert?

Ja, das muss man. Aber eines ist auch klar: Was mit mir nicht kommen wird, ist eine öffentliche Basisversorgung, bei der der Rest zuzukaufen ist – etwa wie für Asylwerber:innen diskutiert. Damit bringt man das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz ins Wanken. Denn: Wer ist nach den Asylwerber:innen die nächste Gruppe, die nur eine Basisversorgung erhält? Das ist ein gefährlicher Vorstoß.

Frauen müssen bereits jetzt oftmals private Leistungen in Anspruch nehmen, weil die öffentliche Versorgung fehlt.

Wir werden in diesem PVE-Ausbau auch Frauengesundheitszentren ermöglichen. Grundsätzlich brauchen wir einen Gesamtblick auf die Frauengesundheit mit all ihren Komponenten.

Was heißt das konkret?

Wir gehen zwei Schwerpunkte an: Das eine ist die Unterleibserkrankung Endometriose, die lange totgeschwiegen wurde. Das andere sind die Wechseljahre. Man kann nicht sagen, dass Frauen län-

„Wir haben mit dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz das Versprechen eines solidarischen öffentlichen Gesundheitssystems abgegeben – dieses gilt es zu halten.“

Korinna Schumann, Gesundheitsministerin

ger in Beschäftigung bleiben sollen, ohne zu berücksichtigen, dass diese Phase für sie belastend ist. Wir wissen aus Studien, dass Frauen in den Wechseljahren oftmals Arbeitszeit reduzieren oder aus dem Arbeitsleben ausscheiden, etwa als Folge von Depressionen. Unser öffentliches Gesundheitssystem muss ihnen Angebote machen, auch weil das Interesse jener im privaten Bereich, die auf Gewinn aus sind, da sehr groß ist.

Thema Gesundheit am Arbeitsplatz: Nur 57 Prozent der älteren Beschäftigten geben laut Arbeitsklima-Index 2023 an, dass sie in ihrem jetzigen Beruf bis 65 arbeiten können – aufgrund von Belastung, Stress, Gesundheitsproblemen.

Der Obstkorb in der Firma allein wird nicht reichen. Wir brauchen Arbeitsplätze, an denen man gesund älter werden kann – umso mehr, als der Ruf nach einem höheren Pensionsantrittsalter lauter wird. Es gab in der Historie Phasen, in denen man sich stark mit dem Thema altersgerechte Arbeitsplätze auseinandergesetzt hat. Das müssen wir dringend wieder machen – zusätzlich aus dem Blickwinkel heraus, dass wir einen Fachkräftebedarf haben. Auch die Unternehmen sollten daran interessiert sein.

Das wirkt derzeit nicht so: In Sachen Arbeiten im Alter wurde von verschiedener Seite, auch der WKO, der Vorschlag von AK-Präsidentin Renate Anderl, ein Bonus-Malus-System einzuführen, sofort abgelehnt. Firmen würden dabei je nach

Beschäftigungsquote belohnt bzw. sanktioniert werden.

Das Bonus-Malus-System steht nicht im Regierungsprogramm. Ich finde es dennoch nicht uninteressant. Wir monitoren seit August 2025 die Beschäftigung Älterer in verschiedenen Branchen und Alterskohorten. Auf unserer Website sieht man, wie viele Arbeitnehmer:innen zum Beispiel ab 60 Jahren in unterschiedlichen Branchen beschäftigt sind. Die Arbeiterkammer hat auch immer darauf hingewiesen, wie gering die Quoten sind. Das sollte ein Weckruf für Unternehmen sein.

Wie kann man in Pflegeberufen die Belastung reduzieren?

Die Arbeitsbedingungen und die Planbarkeit der Dienste sind zentral. Durch fehlendes Personal sind Mitarbeiter:innen wesentlich mehr unter Druck. Also müssen wir mehr Menschen in dieses Berufsfeld bekommen. Maßnahmen, wie den Pflegebonus zu streichen [die Salzburger ÖVP-FPÖ-Landesregierung plante dies ursprünglich und ruderte nach Kritik zurück, Anm. d. Red.], tragen sicher nicht dazu bei, dieser Gruppe die verdiente Wertschätzung zu vermitteln. Für uns war es wichtig, hier ein Zeichen des Respekts zu setzen. Und das haben wir gemacht, indem wir die Pflege in die Schwerarbeit aufgenommen haben.

Der Bundesregierung wird nach rund einem Jahr im Amt attestiert, dass sie konstruktiv zusammenarbeitet. Kritisiert wird

aber, z. B. vom Politologen Thomas Hofer, dass eine gemeinsame Erzählung fehlt, um die Menschen auch emotional abzuholen. Wie kann das gelingen?

Das kommt jetzt in der nächsten Phase. Zuerst galt es aufzuräumen und zu stabilisieren – in einer Budgetlage, die wirklich desaströs war. Im nächsten Schritt sind wir alle aufgerufen, Reformen auf den Weg zu bringen – sei es die Sozialhilfe neu, die Gesundheitsreform oder die Reform des Reha-Geldes usw.

Aber es ist uns schon eine Menge gelungen. Die verpflichtende Meldung der Arbeitszeit war ein wichtiger Schritt, ebenso das Einbeziehen der freien Dienstnehmer:innen in die Kollektivverträge oder der Arzneimittelkostendeckel.

Wie geht es Ihnen persönlich mit dem Rollenwechsel rein in die Regierung? Verspürt man Druck, gerade bei so Mammutaufgaben?

Ich habe ja 30 Jahre lang im Sozialministerium gearbeitet. Das heißt, das Haus und die hohe Qualität der Arbeit der Menschen hier waren mir bekannt. Dass große Brocken anstehen, wissen wir alle. Aber im Zusammenwirken aller, die wissen, dass man Dinge jetzt voranbringen muss, kann einiges gelingen.

Kann man das in manchen Momenten auch genießen?

Ich habe ein großartiges Team. Alle sind enorm bemüht, etwas weiterzubringen. Und wenn dann etwas gelingt, dann freut man sich schon. ▸



Kampf de

Das Gesundheitssystem steht vor gewaltigen Herausforderungen. Beispiel Diabetes: Bis zu 800.000 Österreicher:innen haben Diabetes mellitus Typ 2, doch nur 150.000 nehmen an ärztlichen Versorgungsprogrammen teil – viel zu wenige. Eine gute Versorgung für alle ist aber möglich.

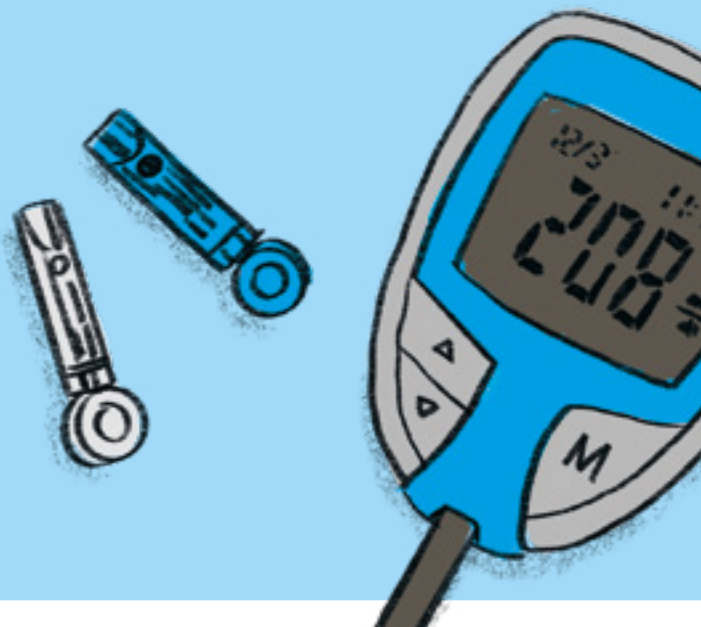


Diagnose Defizite bei Diabetes-Therapie

- Nichtärztliche Gesundheitsberufe können nicht mit der Versicherung abrechnen.
- Ernährungsberatung, Krankenpflege, Psychologie und Co bleiben oft außen vor.
- Folge: Erkrankte nehmen ihre Gesundheitsleistungen nicht in Anspruch.

Eine Studie der MedUni Wien zeigte 2023:

Bei Frauen wird Typ-2-Diabetes erst später diagnostiziert als bei Männern, obwohl sie mehr Risikofaktoren aufweisen. Schwangerschaftsdiabetes oder die Menopause können etwa eine Erkrankung begünstigen. **Vorsorge und ein spezialisiertes Gesundheitsangebot für Frauen sind gefragt!**



m Zucker

Die AK setzt auf Versorgungsteams. Die Idee: Anstatt Gesundheitsleistungen bei Ärzt:innen zu zentralisieren, werden Kassenleistungen bei nichtärztlichen Gesundheitsberufen ausgebaut. Das würde 250 Mio. Euro im Jahr kosten – viel weniger, als würde man nur auf (zusätzliche) Ärzt:innen setzen.

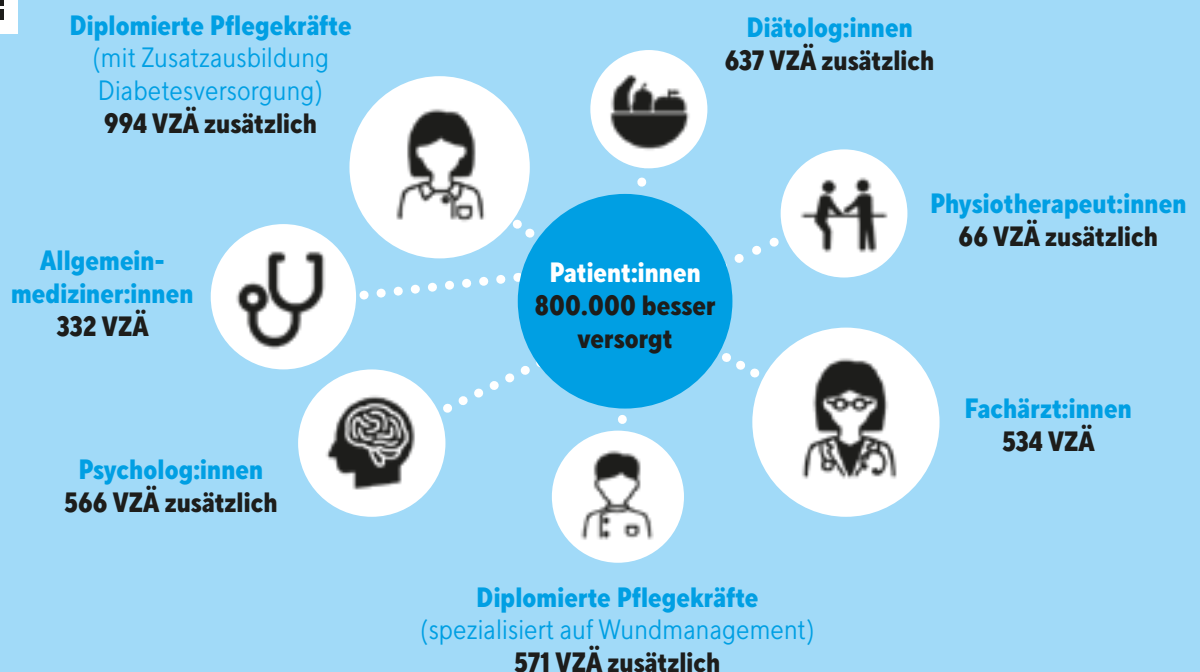
Behandlung Diabetes-Teams

- Ärzt:innen delegieren Leistungen an nichtärztliche Gesundheitsberufe – die Versicherung übernimmt die Kosten.
- 2.800 zusätzliche Stellen im nichtärztlichen Bereich werden geschaffen.
- Folge: Alle Diabetiker:innen könnten versorgt werden – bei überschaubaren öffentlichen Ausgaben.

Mehr Informationen:



Diabetes-Teams



Heimliche Held:innen



Es sind Berufsgruppen abseits des öffentlichen Ruhms, die das Gesundheitssystem tragen. Und großteils sind es Frauen. Ein Besuch im Primärversorgungszentrum Tullnerfeld zeigt, wie viel sie leisten.

TEXT ADRIAN ENGEL

Ein buntes Team wuselt an einem Dienstagnachmittag im Februar um die Patient:innen im Primärversorgungszentrum Tullnerfeld. Hier trägt jede Berufsgruppe eine eigene Farbe. Und jede Farbe ist gleich wichtig. „Sog afoch jo, Michi“, sagt die Sozialarbeiterin Marlies Tegel zum geschäftsführenden Arzt Michael Kaiblinger. Es herrscht Hochbetrieb. Thema waren zuvor die Interviewtermine mit A&W am Nachmittag. Kaiblinger hatte zu erkennen gegeben, dass er keine Ahnung habe, wie er wegen seines Terminplans entscheiden soll. „Ja, perfekt, so machen wir das, Marlies“, antwortet er trotzdem im Spaß. Beide lachen.

Hier in der niederösterreichischen Peripherie, in dem rechteckigen Holzbau zwischen lauter Landstraße und ewigen Feldwegen, sind alle im Team per Du. Das PVZ Tullnerfeld ist wie eine Hausarztordination – nur viel größer, mit längeren Öffnungszeiten und interdisziplinär. Werktags hat es zwölf Stunden geöffnet. Hausärzt:innen arbeiten hier eng mit Pflegepersonal, Physiotherapeut:innen und anderen Berufen zusammen. Im Erdgeschoß gibt es Grundleistungen auf Kasse, im ersten Stock ordinarieren Fachärzt:innen auf privater Basis. Die Ärzt:innen im Erdgeschoß tragen blaue T-Shirts. Pflegepersonal und Ordinationsassistenten arbeiten in Grün, das er-



Alle Gesundheitsberufe vor den Vorhang: Im PVZ Tullnerfeld zeigt sich, dass medizinische Versorgung immer eine Teamleistung ist.

weiterte Kernteam in Gelb. Aber den Farben zugeordnete Hierarchien wie im Krankenhaus gibt es hier nicht. Die Dienstkleidung ist hier ein Statement des Zusammenhalts und der gegenseitigen Wertschätzung.

Laut österreichischem Gesundheitsberuferegister von 2024 arbeiten rund 220.000 Personen in einem Beruf abseits des Ärzt:innenjobs: in der Gesundheits- und Krankenpflege oder in einem medizinisch-therapeutisch-diagnostischen Gesundheitsberuf oder in der Operationstechnischen Assistenz. Über 80 Prozent der ersten beiden Berufsfelder sind weiblich, für Letztere gibt es keine Geschlechterstatistik. Demgegenüber stehen im Ärzt:innenberuf rund 52.000 Personen. Das Verhältnis ist 4:1. Viele weibliche Hauptdarstellerinnen des Gesundheitssystems stehen also hinter der Bühne – und leiden dort unter den schlechten Arbeitsbedingungen. Dabei ist medizinische Versorgung immer Teamarbeit.

Herrinnen der Lage

„Wir setzen auf flache Hierarchien, vergessen aber nicht auf klare Zuständigkeiten“, sagt Michael Kaiblinger. 18.500 Einzelpatient:innen versorgt das PVZ Tullnerfeld im Quartal. In den vergangenen zweieinhalb Jahren haben sich die Zahlen der Patient:innen und Mitarbeiter:innen verdoppelt. Rund drei Viertel der Belegschaft sind Frauen. Dabei ist es vor allem das Pflegepersonal, das viel Verantwortung trägt. Es sind Mitarbeiter:innen wie Karin Rabacher, 52, die das Haus zu einer Erfolgsgeschichte machen.

Die Pflegekoordinatorin sitzt im Physiotherapieraum und hält den „Gesprächswürfel“ in Händen. Wer bei Teamsitzungen am Wort ist, bekommt den Gummwürfel gereicht. Sie antwortet zunächst zurückhaltend – bis zur Frage ihrer Motivation, da glänzen ihre Augen. „Letztens konnte ich mich dafür einsetzen, dass ein über 90-Jähriger nach seinem letzten Willen daheim sterben konnte“, erzählt sie. „Es war ein organisatorischer Mehraufwand für mich, aber das sind die Momente, für die ich es mache. Die Dankbarkeit der Menschen zu spüren: Das ist das Schönste.“

Die rund 50 Mitarbeiter:innen des PVZ Tullnerfeld bekommen 30 bis 50 Prozent mehr Gehalt, als es der Kollektivvertrag vorsieht, und kostenfreies Essen. Für die Dienstkleidung gibt es einen eigenen Wasorraum. Im Gegensatz zu Einzelordinationen muss sich hier niemand um die Basics für den eigenen Dienst kümmern.

Die Ärzt:innen des PVZ verdienen etwa ein Drittel weniger, als sie in einer Einzelordination bekommen würden. Daneben übernimmt die Krankenkasse die Lohn- und Lohnnebenkosten des erweiterten Kernteams, sprich von neun nichtärztlichen Berufsgruppen. „Das wird uns oft vorgeworfen, auch von der Kolleg:innenschaft“, sagt Arzt Kaiblinger. Dass das PVZ nur durch den öffentlichen Lohnzuschuss mehr Qualität zusammenbringt, möchte er so aber nicht stehen lassen. Kosten für die Räume, Ausstattung und Verwaltung eines solchen medizinischen Zentrums würden



„Wir setzen auf flache Hierarchien, vergessen aber nicht auf klare Zuständigkeiten“, sagt Michael Kaiblinger, Arzt im PVZ.

etwa nicht öffentlich finanziert. Dieses Investment zulasten des Ärzt:innen-Honorars nimmt das PVZ bewusst in Kauf, denn es bringt mehr Versorgungsqualität.

Die Finanzierung durch die Krankenkasse ist insgesamt kompliziert und unterscheidet sich je nach Bundesland. In Niederösterreich gibt es eine Quartalspauschale pro Patient:in – im Gegensatz zur Einzelordination, wo die Kasse jede einzelne erbrachte Leistung abrechnet. Dieses Finanzierungsmodell lässt wenig Spielraum, bringt aber Planbarkeit. Die Gründung des PVZ Tullnerfeld vor drei Jahren finanzierten die Gesellschafter unter anderem mit einer EU-Förderung.

Von Anfang an dabei ist Karin Rabacher. Nach 30 Jahren im Spital Tulln wechselte sie vor drei Jahren ins PVZ. „Ich wollte weg von den Hierarchien. Hier werden Organisationsabläufe an unseren Bedarf angepasst, und es gibt weniger bürokratische Hürden“, sagt sie. Im Spital habe sie in der Notfallerversorgung Vorgaben umsetzen müssen, von denen sie wusste, dass sie nicht funktionieren würden – hier höre man auf ihre Einschätzung. Morgens ist Rabacher eine der Ersten im Haus. Zehn Minuten vor der offiziellen Morgenbesprechung sitzen Pflegekoordination, Administration und die jeweiligen Bereichsverantwortlichen im Büro zusammen und stimmen sich ab.

Ist niemand akut ausgefallen, übernimmt Rabacher oft die Pflegevisiten im Umland, weil sie nicht fix im Hauptdienst eingebunden ist. Equipment ins Auto, Dokumente vorbereiten, dann raus zu den Menschen. Zurück im PVZ wartet der Schreibtisch: Dokumentation, organisatorische Abläufe, Standards erarbeiten. Gestern etwa wurde der neue Notfallrucksack für den zweiten Stock befüllt.



Sozialarbeiterin Marlies Tegel vor ihrem Einsatzfahrzeug:
„Im PVZ werde ich in meiner Kompetenz gesehen.“



Ines Rainer bei der Aufnahme einer Patientin.
Das Anmeldeteam sei die Visitenkarte der Ordination.

Zwischendurch sprechen Patient:innen sie direkt an – Rabacher ist aus der Region, man kennt sie. Die Arbeit am Menschen sei das, wo sie „aufblühe“.

Jede:r Fünfte denkt ans Aufhören

Die Pflege übernimmt einen großen Teil der medizinischen Routinearbeit im PVZ: täglich 40 bis 50 Blutabnahmen, Schnelltests, Impfungen, Infusionen nach ärztlicher Verordnung sowie die spezialisierte Wundversorgung durch ausgebildete Wundmanager:innen und -expert:innen. In der Grippezeit oder bei klaren Symptomen führen sie vorab Abstriche, Blutabnahmen oder EKGs durch, sodass Ärzt:innen direkt mit Diagnostik und Therapieentscheidung einsteigen können.

Auf die Engpässe, die den Gesundheitsbereich generell prägen, trifft man aber auch im PVZ Tullnerfeld, vor allem bei der Besetzung des Pflegepersonals. Fünf bis zehn Minuten haben die Pfleger:innen im Schnitt pro Patient:in zur Verfügung. Doch in anderen Einrichtungen sind die Mängel deutlich stärker. Die Zahlen einer aktuellen Befragung der AK Wien zu den österreichischen Gesundheitsberufen sind ernüchternd: „Über alle Gesundheitsberufe hinweg geben 40 Prozent an, dass sie selten oder nie eine angemessene Personalbesetzung vorfinden. Knappe 60 Prozent sprechen davon, dass sie regelmäßig mehr Stunden arbeiten, als in ihrem Arbeitsvertrag vereinbart ist. Jede fünfte Person denkt nahe-

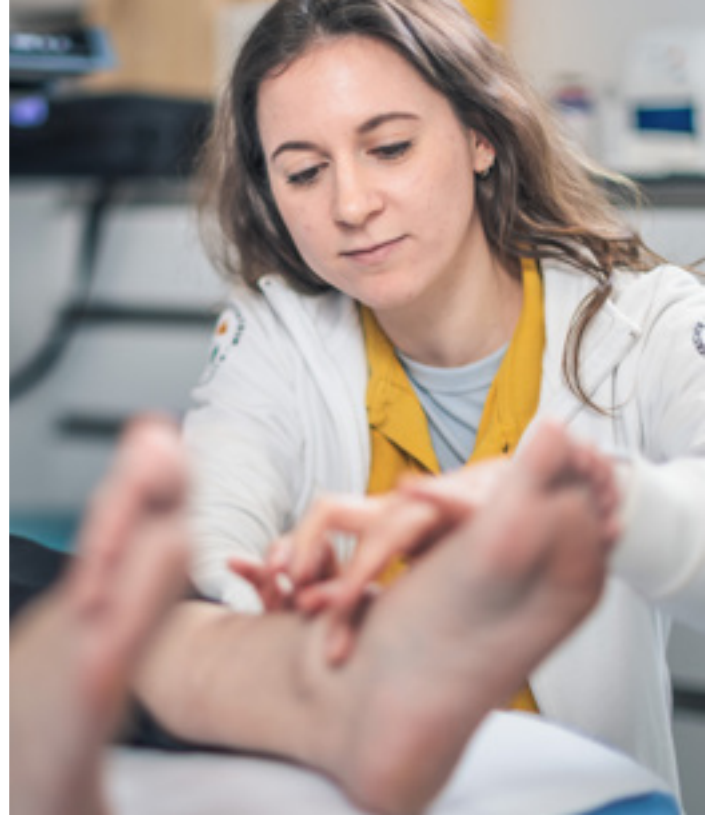
zu monatlich an einen Berufsausstieg bzw. -wechsel“, sagt Florian Kirschner, Referent in der Abteilung Gesundheitsberuferecht und Pflegepolitik der Arbeiterkammer Wien.

Für das österreichische Gesundheitssystem ist das Modell Primärversorgungszentrum ein Zukunftsversprechen. 112 Primärversorgungseinheiten gibt es aktuell. Bis 2030 sollen es 300 werden. Dafür stellt die Bundesregierung ab diesem Jahr mit dem sogenannten Gesundheitsreformfonds 500 Millionen jährlich zur Verfügung. Die politische Idee: Gibt es viele lokale PVZs, entlastet das die Spitäler. Doch wer mit jenen spricht, die täglich vor Ort arbeiten, bekommt den Eindruck: Das reicht noch nicht.

„Beide Ressourcen sind so überlastet, dass nicht das eine das andere entlasten kann. Es braucht beides parallel“, sagt Karin Rabacher. Primärversorgungszentren scheinen derzeit vor allem ein Modernisierungsschritt zu sein, der die Qualität der medizinischen Versorgung durch die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen auf ein zeitgemäßes Niveau hebt.

Netzwerk als Stärke

Die 39-jährige Sozialarbeiterin Marlies Tegel ist etwa die erste Anlaufstelle für psychosoziale Themen im PVZ Tullnerfeld. Ihr Büro ist einer der wenigen bunten Räume, es braucht hier kein steriles Weiß. Auf ihrem gelben Sofasessel nahm kürzlich eine Frau im Autismus-Spektrum Platz. Es stellte sich heraus, dass sie eine Essstö-



„Ich wollte weg von den Hierarchien.“ Pflegekoordinatorin Karin Rabacher wechselte vom Spital ins PVZ.

Diätologin Viktoria Müller bringt Elektroden bei einer Patientin an. In ihrem Job würde es „nie langweilig“.

rung hatte. „Ich höre zu, und dann beginnt es zu arbeiten: Welche Ressourcen habe ich im Team?“, erzählt Tegel. Die Antwort: Gleich nebenan sitzt die Diätologin, eine Psychotherapeutin für eine erste Krisenintervention ist ebenfalls im Haus. Innerhalb von zehn Tagen bekommt die Frau erste psychische Hilfe, Tegel kümmert sich um die finanzielle Absicherung und Jobperspektiven. „Das sind Momente, wo ich mir denke: So kann es funktionieren. Kein Mensch hat nur ein Thema. Rund ein Drittel der Patient:innen kommt ins PVZ, ohne vorrangig ein körperlich-medizinisches Problem zu haben.“

Seit knapp zwei Jahren arbeitet Tegel im PVZ. Davor war sie im Krankenhaus Tulln aktiv. Der Unterschied ist für sie groß: „Im Spital passiert wichtige Arbeit, aber am Übergang der Patient:innen in ihre eigene Lebenswelt kann ich nur hier arbeiten“, erzählt sie. Heute schickt das Tullner Krankenhaus immer wieder Patient:innen zu ihr ins PVZ, weil sie hier aufgefangen werden. Eine Stunde hat Tegel pro Patient:in Zeit. „Das ist Luxus. Und ich werde hier in meiner Kompetenz gesehen“, sagt sie.

Ausreichend Zeit für die Behandlung zu haben, das motiviert auch Viktoria Müller. Die 32-Jährige Diätologin arbeitet neben der Selbstständigkeit in Teilzeit im PVZ. „Ich würde nirgendwo anders mehr arbeiten wollen“, sagt sie. Auch sie hat eine Stunde pro Patient:in zur Verfügung. Die Ärzt:innen schreiben etwa in die Kartei: „Neu-Diagnose: Diabetes, bitte um Lifestyle-Optimierung“, und schicken die Patient:innen weiter zu Müller. „Dafür braucht man

einfach Zeit, und die Ärzt:innen haben nur zehn Minuten“, sagt sie. Einmal im Monat geht Müller mit dem Physiotherapeuten und einer Gruppe von Diabetes-Betroffenen über die Feldwege rund ums PVZ. „Walk and Talk“ nennen sie das. „In dem Setting reden die Menschen über andere Themen, als wenn man wirklich in einer Beratung sitzt.“ Diese Abwechslung schätzt Müller besonders. Die Fälle in ihrem Berufsalltag unterscheiden sich immer. „Es wird nie langweilig“, sagt sie.

Außerhalb von Primärversorgungszentren ist Ernährungsberatung in Österreich fast überall eine Privatleistung. Wer sich die Beratung nicht leisten kann, bekommt keine – und erfährt vielleicht erst nach der Diabetesdiagnose, dass es dafür eigentlich schon viel früher Bedarf gegeben hätte. „Man könnte im Voraus viel bewegen mit der richtigen Ernährung“, sagt Müller. Der österreichische Diätolog:innenverband kämpft seit Jahren für eine Kassenfinanzierung, wie sie in Deutschland und der Schweiz längst üblich ist. Im PVZ ist das schon Realität. Das ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Gesundheit heißt Teamwork

Den Druck im Gesundheitssystem spürt man auch im PVZ Tullnerfeld – etwa am Anmeldeschalter. Auf vier Arbeitsplätzen spulen die Ordinationsassistent:innen oft 12-Stunden-Dienste ab. Zwei kümmern sich um die Leute vor Ort, zwei um E-Mails und Tele-



Primärversorgungszentren wie jenes in Tullnerfeld sind ein Versuch, die öffentliche Versorgung zu modernisieren und zu stabilisieren.

fonate. Es ist der lauteste Ort im Haus, die Patient:innen sind oft angespannt und Multitasking ist Pflicht. Montags kommen bis 10 Uhr oft 250 Telefonate rein, an starken Montagen hat das Assistententeam bis zu 750 Patient:innenkontakte.

Für Ines Rainer, die Bereichsverantwortliche, ist die emotionale Belastung aber größer als der Zeitstress. „Zuvor habe ich in einer Einzelordination gearbeitet, dort war der Druck doppelt so hoch wie hier“, sagt sie. Die 26-Jährige muss mehrmals täglich sprichwörtlich „Türen zumachen“ – wenn Patient:innen ungeduldig sind oder zu viel verlangen. „Es gibt immer wieder sehr schwierige Gespräche, auch im Team. Alle tragen ihren Rucksack“, erzählt sie. Damit sie den Job lange machen könne, sei es am wichtigsten, ein Team zu haben, auf das sie zählen könne, und gute Arbeitsaufteilung. „Mal fünf Minuten Luft holen, wenn mich etwas belastet: Das geht bei uns immer.“

Als „Sprechstundenhilfe“ werde sie von der Gesellschaft oft gesehen, sagt Rainer, dabei werde übersehen, wie medizinisch ihr Beruf eigentlich sei. So spielt Anatomie in der Ausbildung etwa eine große Rolle – Fachausdrücke über Knochen, Skelette, Krankheiten

gelte es zu lernen. Daneben Blutabnahme, Verbandswechsel und Medikamentenkunde. „Das ist nicht zu unterschätzen“, sagt Rainer. Das Anmeldeteam ist die Visitenkarte der Ordination. „Wenn sich die Patient:innen vorne schon angenommen fühlen, dann zieht sich das durch alle Behandlungen. Zuhören ist am wichtigsten. Mehr Vertrauen bedeutet mehr Therapieverständnis“, sagt Ines Rainer.

Ein Team, das zuhört – an der Anmeldung, bei der Visite, im gelben Sofasessel oder auf dem Feldweg: Die vier Frauen aus dem PVZ Tullnerfeld und die hier gelebte flache Hierarchie zeigen vor, was es für moderne medizinische Versorgung braucht. Im Extremfall kann das sogar Leben retten, wie ein Fall aus dem Haus zeigt: Vor rund einem Jahr sieht Karin Rabacher auf einem Routine-Hausbesuch bei einer Patientin eine verdächtige Hautveränderung. Zurück im PVZ sagt sie zu Arzt Kaiblinger: „Das musst du anschauen.“ Die 94-jährige Patientin ist nach einem Schlaganfall bereits halbseitig gelähmt. Ins Spital will sie auf keinen Fall mehr. Kaiblinger fährt hin – und erkennt bei der Patientin ein Karzinom. Er operiert die Dame vor Ort, und sie kann weiterleben. „Das musst du anschauen“ – dieser einfache Satz kann die beste Medizin sein. ▀

Gesundheit für alle!



In seinem Gastkommentar schreibt der GÖD-Gesundheitsexperte Reinhard Waldhör, warum Reformen im System vielmehr strukturell ansetzen müssen, anstatt Einzelne von einer guten Versorgung auszuschließen.

Täglich spreche ich mit den Menschen, die unser Gesundheits- und Pflegesystem tragen: mit Pflegekräften, Therapeut:innen, medizintechnischen und diagnostischen Mitarbeiter:innen, Mediziner:innen, in diversen Assistenzberufen Tätigen und vielen weiteren Beschäftigten. Rund 80 verschiedene Berufsgruppen arbeiten in unseren Gesundheitseinrichtungen Hand in Hand wie ein Uhrwerk. Sie alle leisten Großartiges für die Versorgung der Menschen in Österreich. Gleichzeitig spüren sie den wachsenden Druck im System so deutlich wie kaum jemand sonst.

Ein wesentlicher Grund dafür ist der Sparkurs der öffentlichen Hand. Wenn notwendige Investitionen ausbleiben, entstehen Lücken. Und genau in diese drängen immer öfter private Investoren, die Gesundheit als attraktiven Markt betrachten und Personalkürzungen zur Profitoptimierung durchsetzen. Doch ein solidarisches Gesundheitswesen darf kein Geschäftsmodell auf Kosten der Mitarbeiter:innen sein.

Für Beschäftigte bedeutet das in der Folge steigende Belastung – und für Patient:innen eine Zwei-Klassen-Medizin: Wer es sich leisten kann, weicht auf private Angebote aus. Wer das nicht kann, bleibt im öffentlichen System und muss mit langen Wartezeiten leben lernen.

Dabei geht in den verwinkelten Strukturen des Gesundheitssystems auch viel

Geld verloren, das für die Verbesserung von Versorgung und Arbeitsbedingungen gebraucht würde. Bund, Länder, Sozialversicherung und unterschiedliche Träger sind an der Finanzierung beteiligt; Zuständigkeitsdebatten blockieren das System. Bundesländer diskutieren darüber, wer welche Leistungen erbringen soll und wer welche Kosten zu tragen hat. Dahinter steht oft auch die Frage, wer in das System einzahlt und wer davon profitiert. Aber Gesundheit darf nicht an Landesgrenzen enden.

Ein öffentliches Gesundheitssystem muss für alle Menschen zugänglich sein, die in Österreich leben – niederschwellig, wohnortnah und dort, wo Versorgung notwendig ist. Aufgrund der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft werden in den kommenden Jahren noch deutlich

mehr Menschen medizinische Versorgung und Pflege benötigen, während viele erfahrene Mitarbeiter:innen altersbedingt aus den Berufen ausscheiden. Mehr Patient:innen treffen also auf weniger Personal – das wird die bestehenden Probleme weiter verschärfen.

Damit das System auch unter diesen Bedingungen funktioniert, braucht es Reformen, die eine Vereinfachung in den Strukturen bringen, klare Zuständigkeiten und vor allem eine Finanzierung, die aus einer Hand gedacht wird. Der derzeitige Spardruck führt allzu oft allein zu populistischen Debatten. Das bringt niemandem etwas – weder den Beschäftigten noch den Menschen, die auf eine gute medizinische Versorgung angewiesen sind.

Wenn wir das System gesamthaft betrachten, können Ressourcen besser eingesetzt werden. Dann kommt das Geld dort an, wo es gebraucht wird: bei den Patient:innen und den Mitarbeiter:innen im Gesundheits- und Pflegebereich.

Als Gewerkschafter setze ich mich dafür ein, dass das öffentliche Gesundheits- und Pflegesystem gestärkt wird. Gute Versorgung für alle Menschen und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gehören untrennbar zusammen. Ein starkes öffentliches System ist keine Belastung für unsere Gesellschaft – es ist eine ihrer wichtigsten Investitionen in die Zukunft. ▀



REINHARD WALDHÖR

ist Vorsitzender der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft und engagiert sich als stv. Vorsitzender in der ARGE Gesundheitsberufe des ÖGB.

Griff in die Kasse



Die Kassenfusion 2018 sollte die Versorgung für Versicherte verbessern. In Wirklichkeit zielte die schwarz-blaue Regierung auf die Entmachtung der Arbeitnehmer:innen, sagen die ÖGB-Expert:innen Claudia Neumayer-Stickler und Julia Stroj.

TEXT SARAH KLEINER

Das ist die größte Reform der Zweiten Republik“: Mit diesen Worten betitelte die ehemalige Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) die Fusion der österreichischen Sozialversicherungsträger 2018 in der ZIB 2. Ähnlich volltönend klangen die Ziele rund um die Kassenfusion: „Gleiche Leistungen vom Bodensee bis zum Neusiedler See!“ – „30 Prozent weniger Personal!“ – „Patient:innenmilliarde!“ Dass es sich dabei vielmehr um geschickte Vermarktung handelte, ist bekannt.

In Wahrheit brachte die Zusammenlegung von 21 Sozialversicherungsträgern auf fünf nicht eine zusätzliche Milliarde für die Versicherten, sondern kostete sie laut Rechnungshof fast 215 Millionen Euro. Dass es zu keinem Zeitpunkt konkrete Einsparziele gab, hielt der Rechnungshof ebenfalls fest. Das eigentliche Ziel sei aber auch ein ganz anderes gewesen, sagen die ÖGB-Expert:innen Claudia Neumayer-Stickler und Julia Stroj: In ihrem kürzlich erschienenen Buch „Der Coup“ dokumentieren sie, wie die Arbeitnehmer:innen durch die Kassenreform entmachteten wurden.

„Über die demokratiepolitische Komponente hat die schwarz-blaue Regierung bewusst nicht gesprochen. Dabei war das der zentrale Punkt der Reform“, sagt Neumayer-Stickler. Sie leitet das ÖGB-Referat für Gesundheits- und Sozialversicherungspolitik und ist Vorsitzende der Konferenz der Sozialversicherungsträger, außerdem stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats der AUVA.

Im Zuge der Kassenfusion wurde strukturell in die Träger eingegriffen. In ihren Entscheidungsgremien, die etwa auch bestimmen, welche zusätzlichen Gesundheitsleistungen von der Versicherung übernommen werden, saßen bisher mehrheitlich Vertreter:innen der Arbeitnehmer:innen. Mit der Fusion wurde das geändert: Arbeitgeber:innen haben nun die Hälfte des Stimmrechts und entscheiden über die Gelder mit. Besetzt werden die Gremien entsprechend den Arbeiterkammer- und den Wirtschaftskammer-Wahlergebnissen. Die historisch gewachsene Selbstverwaltung der Sozialversicherung wurde damit zerschlagen. Schon die ersten Bruderläden im Bergbau im Mittelalter wurden von den Arbeiter:innen initiiert und verwaltet.



„Eine Parität, wie wir sie nun bei der PVA oder ÖGK sehen, gab es weder in der Monarchie noch im Austrofaschismus“, sagt Julia Stroj. „Das war ein eklatanter Machteinschnitt.“ Stroj ist Mitglied der Hauptversammlung der ÖGK und ebenfalls als Expertin im Gesundheitsreferat des ÖGB engagiert. Die Dienstgeber:innen-Seite hat bei den Trägern nun de facto eine Vetomöglichkeit. Ein Interessenkonflikt sei vorprogrammiert: Die Gelder der Versicherungen fließen schließlich auch an Unternehmen, die WKO-Mitglieder sind. Die neuen Machtverhältnisse schlagen sich direkt auf die Leistungen der Kassen nieder – und im Fall der ÖGK auf 7,6 Millionen Versicherte.

Die beiden Expert:innen bringen das Beispiel von Sparmaßnahmen: Die ÖGK schreibt mittlerweile eine halbe Milliarde Euro Defizit pro Jahr. Die Arbeitgeber:innenseite wolle vor allem ausgabenseitig sparen, also Leistungen für Versicherte kürzen. „Dass sich die Versorgungslage verschlechtert hat, hat auch mit der Fusion zu tun, wir geben ihr Mitschuld“, sagt Stroj. Sie betont auch, dass seither Leistungen tatsächlich harmonisiert werden konnten, etwa im Bereich der Ergo-, Logo- und Physiotherapie. Einen Gesamtvertrag gibt es nun auch für Hebammen, und die klinisch-psychologische Behandlung ist seit heuer eine Kassenleistung. „Viele Verbesserungen konnten trotz der Parität erreicht werden“, sagt Stroj.

Die Profiteure der Kassenfusion seien die privaten Gesundheitsanbieter. Denn seither gehen mehr Gelder vom öffentlichen System an das private, um rund 15 Millionen Euro wurde der jährliche Beitrag der ÖGK an den Privatklinikenfonds (PRIKRAF) erhöht. 2024 gingen insgesamt rund 194 Millionen Euro von den Versicherten an die privaten Spitäler. Parteispenden von den profitierenden Einrichtungen an ÖVP und FPÖ im Zeitraum rund um die Fusion beschäftigten jahrelang Staatsanwaltschaft und Gerichte, führten aber im Endeffekt zu keinen Verurteilungen.

Neumayer-Stickler und Stroj wollen die Debatte um die Kassenfusion wieder ankurbeln. Die vergangenen zwei Jahre haben sie an einer detaillierten Dokumentation der Vorgänge gearbeitet. Sie fordern in ihrem Buch unter anderem, dass die Arbeitnehmer:innen-Mehrheiten in den Selbstverwaltungsgremien der PVA und ÖGK wiederhergestellt werden, dass Kontrollgremien (wieder) eingeführt werden und der Dachverband gestärkt wird. „Denn die Selbstverwaltung lebt davon, dass diejenigen, die das System tragen, auch Einfluss darauf nehmen, wie es sich entwickelt“, schreiben sie im Buch. ▶

& BUCHTIPP

Der Coup

Wie die Arbeitgeberseite die Sozialversicherung kaperte

ÖGB-Verlag | 2026 | 280 Seiten | EUR 24,00
ISBN 978-3-99046-726-8



Darf's ein bisschen mehr sein?

Alle Beiträge zum aktuellen Schwerpunkt und zu anderen Themen rund um die Arbeitswelt finden Sie online unter arbeit-wirtschaft.at.



FOKUS

Wie geht der Betriebsrat mit Kündigungen um?



Eva Tatschl

Betriebsratsvorsitzende-Stellvertreterin
bei der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG

Uns ist es wichtig, Kündigungen möglichst zu vermeiden. Daher suchen wir frühzeitig das Gespräch, vermitteln zwischen allen Beteiligten und prüfen interne Alternativen oder Umschulungen. Ist eine Kündigung dennoch unvermeidbar, unterstützen wir die betroffenen Kolleg:innen bestmöglich in allen Gesprächen, begleiten den Prozess und versuchen, die Kündigung in eine einvernehmliche Lösung umzuwandeln.



Fabian Warzilek

ehemaliger Betriebsratsvorsitzender
bei Lieferando

Kündigungen sind besonders dann schmerzhaft, wenn es sich um Massenkündigungen handelt und das Gremium selbst betroffen ist. Gerade in dieser belastenden Zeit muss der Betriebsrat reibungslos funktionieren und die eigenen Bedürfnisse hinter die der Kolleg:innen stellen. Doch auch wenn Schweiß und Tränen gleichermaßen fließen, wissen am Ende alle: Wir halten zusammen und dürfen einander vertrauen.

Wenn Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, braucht es mehr als Paragrafen, denn dann heißt es: zuhören, unterstützen, Lösungen suchen. Wir haben Betriebsratsmitglieder gefragt, wie sie ihre Kolleg:innen in schwierigen Zeiten begleiten.

RECHERCHE VANESSA KOVAR



Erwin Schleindl

Betriebsratsvorsitzender
bei der KTM AG

Durch regelmäßige Gespräche mit den Kolleg:innen kenne ich sie bereits gut und kann bei anstehenden Kündigungen innerhalb der Einspruchsfrist gegenargumentieren bzw. Einspruch erheben, beispielsweise aus Gründen der Sozialwidrigkeit. Wenn sich eine Kündigung nicht abwenden lässt, stehe ich den Kolleg:innen im Kündigungsgespräch zur Seite und biete im Anschluss ein Vieraugengespräch mit mir an.



Heidemarie Handl

Betriebsratsvorsitzende
bei UNILogistik GmbH

Bei Kündigungen aufgrund von Betriebsverkleinerungen erheben wir als Betriebsrat grundsätzlich Widerspruch, um Zeit zu gewinnen. Wir beraten individuell, prüfen Kündigung und Vertrag und unterstützen bei offenen Ansprüchen oder Sozialwidrigkeit. Zudem verhandeln wir Sozialpläne und zeigen neue berufliche sowie finanzielle Perspektiven auf. Niemand soll in dieser schwierigen Zeit allein dastehen.

Umkämpfte Arbeitszeit

Das Ringen um die Arbeitszeit ist so alt wie die Industrialisierung. Die Geschichte zeigt: Eine Arbeitszeitverkürzung wird nicht verschenkt, sondern erstritten. Die letzte umfassende Reform liegt Jahrzehnte zurück – höchste Zeit, ernsthaft über Arbeitszeit zu reden.

TEXT RUTH REITMEIER

Die Arbeitszeitdebatte wird aktuell polemisch und oft am Thema vorbei geführt. In Österreich kann sie als ein Angriff auf Frauen verstanden werden, in Deutschland stehen eher die Jungen am Pranger. Vom deutschen Kanzler über den österreichischen Wirtschaftsminister abwärts werden Wohlstandsverluste prophezeit – wobei nicht klar ist, was damit genau gemeint ist. Die öffentliche Diskussion sei „von Unkenntnis und Respektlosigkeit geprägt“, wie es AK-Präsidentin Renate Anderl formuliert. Sie will endlich eine seriöse Debatte führen.

Das Thema Arbeitszeit ist ein Aufreger, und das nicht erst seit gestern. Der Kampf um eine Arbeitszeitverkürzung, das Ringen zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen um mehr beziehungsweise weniger Stunden, ist so alt wie die Industrialisierung selbst, denn geregelte Arbeitszeiten entstanden erst mit der Fabriksglocke, die den Schichtwechsel einläutete. Davor war Arbeit vom Tageslicht, von Jahreszeiten und Saisonen sowie kirchlichen Feiertagen bestimmt, eine klare Trennung zwischen Arbeits- und Freizeit existierte nicht.

Bereits im 19. Jahrhundert wurde um kürzere Arbeitstage gekämpft. Damals standen Zehn- bis Zwölf-Stunden-Schichten auf der Tagesordnung, in manchen Betrieben wurde bis zu 16 Stunden geschuftet, sieben Tage die Woche. Wochenenden und bezahlter Urlaub waren noch nicht erkämpft, die Arbeitsbedingungen erbärmlich. Mit der Elektrifizierung im ausgehenden 19. Jahrhundert blieb nicht nur das Licht in der Fabrik an, sie entzündete auch einen Produktivitätssprung. Die Massenproduktion war erfunden, und die Arbeit verdichtete sich.

Die Zeit war reif für den 1. Mai 1890, an dem weltweit, vor allem in Europa und den USA, für die Einführung des Acht-Stunden-Tags demonstriert wurde. Organisiert wurde die Aktion von Gewerkschaften sowie sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. In Wien nahm der Arzt und Politiker Victor Adler eine führende Rolle ein. Mehr als 100.000 Menschen gingen auf die Straße und forderten „8 – 8 – 8“: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden Erholung. Bis zur Einführung des Acht-Stunden-Tags sollten allerdings fast drei Jahrzehnte vergehen. 1919 wurde er schließlich gesetzlich besiegelt, von Montag bis Samstag, insgesamt also 48 Stunden. Jugendliche und Frauen arbeiteten „nur“ 44 Stunden – Letztere, damit ihnen genug Zeit für die Hausarbeit blieb.

Doch was passierte zwischen 1890 und 1919? „Für eine Arbeitszeitverkürzung braucht man einen langen Atem“, sagt die Historikerin Marliese Mendel vom ÖGB. In dieser Zeit seien die ersten Kollektivverträge entstanden. Mendel schwärmt von der „Schönheit des Kollektivvertrags“, die sich bereits seit seinen Anfängen zeige. Sind Arbeitszeiten im Gesetz unzureichend geregelt, bietet der KV Raum zur Gestaltung. Das war um 1900 so und gilt bis heute. Die ersten Verträge waren nicht nach Branchen organisiert, sondern galten etwa für Städte, Regionen oder auch einzelne Betriebe. Wo die Arbeitszeit kollektivvertraglich verankert war, war sie zumindest geregelt, auch wenn üblicherweise zwischen neun und elf Stunden gearbeitet wurde. Hatte ein Unternehmen kürzere Schichten, so sprach sich das herum – auf dem Markt, im Wirtshaus.

Eine Arbeitszeitverkürzung wird jedenfalls nicht verschenkt, jede Stunde muss erkämpft werden, und Streiks spielen in ihrer Geschichte eine wichtige Rolle. „Gestreikt wird, wenn nichts mehr geht“, sagt Mendel. So streikten 1910 an die 3.000 Wäscharbeiterinnen in Wien. Die Gewerkschafterin Cäcilie Lippa und Kollegin Zelenka setzten ihre Forderung nach Arbeitszeitverkürzung durch. In den Wiener Wäschereien wurde folglich samstags nicht mehr bis zum Abend, sondern bis längstens 14:30 Uhr gearbeitet.

Meistens ist der Kampf um kürzere Arbeitszeiten eher die Summe aus vielen langen Verhandlungen – und kein linearer Prozess. Krisen, Kriege und Regimewechsel funken dazwischen, mitunter gewaltig.

Von der Krise zum „Anschluss“

„In der Ersten Republik hatte Österreich also dieses neue Gesetz, und alle waren glücklich, möchte man meinen“, sagt Mendel. Doch dann kam die Wirtschaftskrise und schließlich die Weltwirtschaftskrise 1929. Im Jahr 1933 erreichte sie in Österreich ihren Höhepunkt. Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf rund 600.000 Menschen an, darunter viele „Ausgesteuerte“, deren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung abgelaufen war. Ein ungünstiges Umfeld, um auf Ansprüche zu pochen, und auch jene, die noch Arbeit hatten, gerieten stärker unter Druck. „Der Acht-Stunden-Tag wurde damals oft unterwandert“, sagt Mendel.

Das austrofaschistische Regime schwächte die Gewerkschaften, und nach dem „Anschluss“ führten die Nationalsozialisten die reichsdeutsche Arbeitszeitordnung ein – de facto eine 60-Stunden-Woche. Nach Kriegsbeginn wurden auch Zuschläge und Urlaub gestrichen. „Faschismus ist schlecht fürs Arbeitsrecht“, fasst die Historikerin zusammen.

Nach Kriegsende lag Österreich in Trümmern, die Menschen hungerten. „In diesem Chaos herrschte auch Unklarheit darüber, ob wieder das Acht-Stunden-Gesetz galt oder die Arbeitszeitregelungen der Nazis.“ Die Frage beschäftigte sogar die Höchstgerichte. Manche Regelungen hielten sich hartnäckig bis zur Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes von 1969. Infolge eines Volksbegehrens mit 890.000 Unterschriften war damals der Druck auf die Regierung – eine ÖVP-Alleinregierung – so groß geworden, dass die Wochenarbeitszeit schrittweise auf 40 Stunden reduziert wurde. Dieses Ziel war 1975 erreicht und streng genommen die letzte umfassende Arbeitszeitverkürzung.

Die Gewerkschaften formulierten als nächste – bis heute unerfüllte – Forderung die 35-Stunden-Woche als Schlüssel für Vollbeschäftigung. Als sich abzeichnete, dass eine gesetzliche Verankerung nicht gelingen würde, fokussierte man sich auf die 38,5-Stunden-Woche, die ab Mitte der 1980er-Jahre KV für KV ausgehandelt wurde. Bis heute gilt sie nicht für alle.

Comeback der 60-Stunden-Woche

2018 novellierte die ÖVP-FPÖ-Regierung das Arbeitszeitgesetz. Seither gilt die 60-Stunden-Woche beziehungsweise der 12-Stunden-Tag. Die Normalarbeitszeit von 40 beziehungsweise 38,5 Stunden blieb gleichzeitig aufrecht, alles darüber hinaus sind Überstunden. Das Gesetz wurde ohne Einbindung der Sozialpartner beschlossen und gilt als Tabubruch. „Arbeitszeit ist ein austariertes System. Die Regierung Kurz hat das einfach durchgewunken – ohne Debatte, ohne Ausgleich“, sagt Susanne Haslinger von der Produktionsgewerkschaft PRO-GE.

Enorme Veränderungen der Arbeitswelt brachte zuletzt auch die Pandemie. Hunderttausende verloren ihre Jobs, Hunderttausende waren in Kurzarbeit. Und mitten in der Krise poppte erstmals die Forderung der Industriellenvereinigung (IV) nach einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf. Was Studien aus aller Welt belegen, nämlich dass Arbeitnehmer:innen in Kurzarbeit produktiver sind, konnten Unternehmer:innen nun live beobachten. „Ihr Umkehrschluss: Man kann auch mit weniger Leuten auskommen und durch eine Arbeitszeiterhöhung Zuschläge sparen“, sagt Haslinger.

In den vergangenen Monaten ist die IV wieder verstärkt mit der Forderung nach einer 41-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich an die Öffentlichkeit getreten: Wohlstand entstehe nur durch Leistung,

so das Hauptargument. „41 statt 38,5 Stunden pro Woche ohne Lohnausgleich ist eine drastische Lohnkürzung von 6,5 Prozent“, rechnet Haslinger vor.

Die Arbeitszeitdebatte sei in Österreich keine ernsthaft geführte und eliminiere keine Strukturprobleme. Das Problem des Facharbeiter:innenmangels würde nicht gelöst, indem die wenigen Fachkräfte noch mehr eingesetzt werden. Arbeit ist in Österreich ohnehin nicht gut verteilt. 2024 wurden rund 169 Millionen Mehr- und Überstunden geleistet. Das entspricht annähernd 100.000 Vollzeitstellen. „Wirklich wichtig wäre es, neue Fachkräf-



Der Kampf um den Acht-Stunden-Tag prägte auch Publikationen der Arbeiter:innen-schaft, wie etwa das Titelblatt der Zeitschrift „Neue Glühlichter“ von 1904.

„Der Acht-Stunden-Tag ist ideologisch eingemeißelt, und alles darunter rüttelt am Machtgefüge.“

Susanne Haslinger, Fachexpertin der PRO-GE

te auszubilden. Das passiert aber nicht. Die Lehrlingszahlen gehen zurück“, so die Gewerkschafterin.

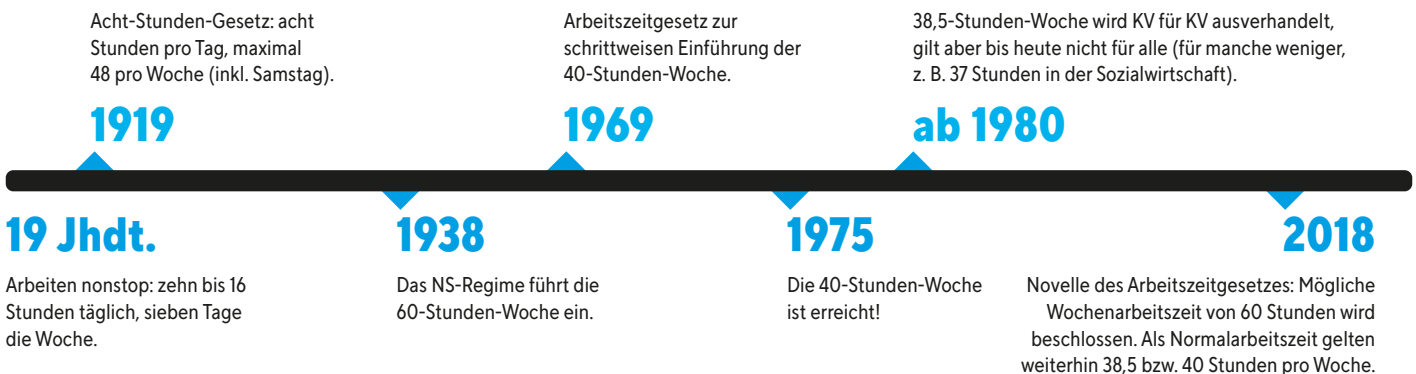
Unfreiwillig in Teilzeit

Dass Arbeit nicht gut verteilt ist, ist auch ein gesellschaftliches Problem. Der österreichische Arbeitsmarkt spiegelt traditionelle Geschlechterrollen wider. In der Arbeitszeitdiskussion geht es aber immer nur um Lohnarbeit. Dass Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit leisten, ist eine Tatsache, aber kein Thema. Dafür ist die hohe Teilzeitquote eines. Eine aktuelle WIFO-Auswertung für die AK auf Basis des Mikrozensus 2024 zeigt: Jede zweite Frau (aber nur jeder achte Mann) arbeitet Teilzeit. Teilzeitarbeit ist weder Wunsch noch Luxus, sondern eine Notwendigkeit, weil vor allem Frauen neben Betreuungspflichten keine andere Wahl haben. Es ist eine unfreiwillige Arbeitszeitverkürzung.

„Der Acht-Stunden-Tag ist ideologisch eingemeißelt, und alles darunter rüttelt am Machtgefüge“, sagt Haslinger. Und es rüttelt gewaltig: Die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 bis 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich liegt auf dem Tisch. Manche Arbeitnehmer:innenvertretungen fordern mehr, manche weniger, die Richtung ist jedoch immer die gleiche. Die PRO-GE peilt im nächsten Schritt eine Wochenarbeitszeit von 35 bis 36 Stunden an. Das langfristige Ziel „liegt deutlich unter 35 Stunden“, so Haslinger.

Die AK nennt eine Arbeitszeit von 30 bis 35 Stunden pro Woche „gesunde Vollzeit“. Arbeitsmedizinische Studien belegen, dass in diesem Umfang der Wochenarbeitszeit Menschen am produktivsten sind. Sie ist gesundheitlich verträglich, ermöglicht ein gutes Arbeitsleben und steigert die Lebensqualität. AK-Präsidentin Anderl fordert, das Arbeitsrecht dahin gehend zu modernisieren. Es geht also um eine neue Definition von Normalarbeitszeit.

Arbeitszeit: Die wichtigsten Etappen





Im Sommer 2018 demonstrierten teils bis zu 100.000 Menschen aus ganz Österreich in Wien gegen den Zwölf-Stunden-Tag.

Gesünder länger arbeiten

Denn viele halten nicht bis zur Regelpension durch. 2024 wurden 12.785 Invaliditätspensionen bewilligt, oft nach langen Krankheitsständen wegen dauerhafter Arbeitsunfähigkeit. Gleichzeitig gibt es das ausdrückliche politische Ziel, Menschen länger im Arbeitsprozess zu halten. Dafür braucht es Arbeit, die nicht krank macht und bis zur Pensionierung ausgeübt werden kann. Und es geht auch darum, Arbeit fairer zu verteilen. Eine kürzere Arbeitswoche ermöglicht Vollzeitkräften, sich zu Hause stärker einzubringen, und erleichtert es Teilzeitkräften, Stunden aufzustocken.

Ob der Einzug der KI in die Arbeitswelt so viele Stellen kostet, dass nur durch Arbeitszeitverkürzung Massenarbeitslosigkeit vermieden werden kann? Noch fällt das unter „Kaffeesudlesen“. Wilde Prognosen von KI-Systemen als Jobkiller seien nicht zuletzt „Teil des Geschäftsmodells der KI-Anbieter und deshalb mit Vorsicht zu genießen“, wie Timon Pfleger von der Sozialpolitik in der AK betont.

Mit oder ohne KI: Die Arbeitszeitdebatte muss geführt werden – ernsthafter als bisher. Einen Überblick über das brisante Thema Arbeitszeitverkürzung haben die Wiener Ökonomen Quirin Dam-

merer und Ludwig List. Sie kennen so ziemlich alles, was dazu publiziert wurde – Studien aus 30 Ländern. „Die Literatur zu diesem Thema hat in den vergangenen 20 Jahren einen Boom erfahren“, sagt Dammerer. Sehr viel wurde etwa in Frankreich publiziert, wo die 35-Stunden-Woche bereits mit der Jahrtausendwende eingeführt wurde. Im Vorfeld gab es eine intensive öffentliche Debatte. „In Frankreich wurde dieses Thema viel breiter diskutiert. Das fehlt in Österreich komplett“, sagt List.

Auf dem Arbeitsmarkt vollziehen sich indessen ein Generationenwechsel und ein Umdenken. Junge Menschen wollen nicht unbedingt wie ihre Großeltern arbeiten. Betriebe, die Arbeitszeitverkürzungsmodelle testen, bleiben fast immer dabei. Und im Regierungsprogramm ist ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt zur Vier-Tage-Woche zumindest vorgesehen.

Die längste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg ist zwar zu Ende, ein echter Aufschwung aber nicht in Sicht. „Da könnte man meinen, das ist nicht der richtige Zeitpunkt für eine Arbeitszeitdiskussion. Aber den gibt es eigentlich nie – seit den 1920er-Jahren nicht“, sagt Haslinger abschließend. ▀

Musik ohne Muse

Die Musikindustrie war schon immer von technischen Innovationen geprägt. Doch mit generativer KI verschiebt sich die Wertschöpfung – weg von Musiker:innen, hin zu Plattformen und Technologieanbietern. Was das für die Branche bedeutet.

TEXT SANDRA GLONING



Früher war nicht alles besser, aber manches schon: Wenn Musikergestein, Gitarrist, Studiomusiker und Komponist Peter Paul Skrepek an seine ersten großen Schallplattenproduktionen in den 1980er-Jahren zurückdenkt, erinnert er sich vor allem an eines: Wissensaustausch und Gemeinschaft. Der 70-jährige Vollblutmusiker hat beispielsweise mit Falco oder Reinhard Fendrich musiziert und ist Präsident der Sektion Musik bei der Daseinsgewerkschaft younion. Er erzählt: „Wir haben damals eine LP aufgenommen, lauter Topmusiker aus Österreich. Und wir hatten dafür mehrere Wochen Zeit. Wir sind viel in der Küche gesessen, haben geplaudert, ausprobiert, bis wir die besten Versionen für uns gefunden haben.“

Aufgenommen wurde gemeinsam. Alles Fachleute am eigenen Instrument, alle brachten eine eigene Form von Wissen ein. Man habe die Schwingung, die Energie der anderen gespürt, sie aufgenommen und weitergetragen. Am Ende stand ein Werk, das alle zusammen geschaffen hatten – ein Ergebnis, auf das das Kollektiv stolz war, so Skrepek. „Wenn Menschen zusammenarbeiten, entsteht immer mehr, als die Summe der Einzelnen ausmacht“, sagt er. „Das haben wir verloren – und es wird durch technische Entwicklungen immer weiter verdrängt.“

Gemeinschaft im Studio

Besondere Sorgen bereitet Musikschaffenden wie Skrepek der rasante Fortschritt künstlicher Intelligenz. Er verändert nicht nur den kreativen Schaffensprozess, sondern auch die Arbeitsrealität. Wo früher mehrere Personen gleichzeitig beschäftigt waren – Musiker:innen, Tontechniker:innen, Produzent:innen, Arrangeur:innen –, übernehmen heute digitale Tools und Automatisierung viele Aufgaben. Produktionen laufen schneller, billiger, ortsunabhängig ab. Auftraggeber:innen freuen sich über mehr Effizienz. Für viele Musikschaffende bedeutet es aber weniger bezahlte Stunden, weniger Kollaboration und schlichtweg weniger Aufträge.

Eine gemeinsame Studie der deutschen Verwertungsgesellschaft GEMA und der französischen SACEM vom Jänner 2024 kommt zu einer ziemlich klaren Einschätzung: Ohne Gegenmaßnahmen und fairere Regeln könnten die Einnahmen von Urheber:innen, Songwriter:innen und Producer:innen durch KI-Einfluss bis 2028 deutlich einbrechen. Die Studienautor:innen gehen davon aus, dass die Einkünfte der GEMA-Mitglieder in Deutschland und Frankreich um rund 27 bis 30 Prozent sinken könnten, was kumuliert etwa 2,7 Milliarden Euro Verlust bedeutet. Die Gründe dafür sind vielschichtig.

Heute nehmen viele, auch Skrepek, nicht mehr im Studio auf, sondern daheim. Kolleg:innen schicken Files, man spielt das eigene Instrument ein und schickt eine Audiodatei zurück. Kontakt und Austausch? Gibt es kaum. Auch Fehler werden inzwischen konsequent vermieden. Der Musiker und Gewerkschafter sagt offen:



KI-Expertin Christine Bauer von der Universität Salzburg ermutigt dazu, technologische Innovationen in der Musik zu begrüßen und zu nutzen.

„Alles kann bis zum letzten i-Tüpfelchen korrigiert und neu gemacht werden. Aber die Qualität hat trotz allem gelitten. Schon Beethoven sagte, eine falsche Note zu spielen sei unbedeutend, ohne Leidenschaft zu spielen sei unverzeihlich.“

Immer öfter spielen nicht einmal mehr reale Menschen die Instrumente. KI simuliert ganze Instrumentenstimmen, ergänzt zu einem Gesang ein Orchester – oder übernimmt gleich die gesamte Komposition – eine Entwicklung, die die Branche umtreibt. In einem Feld, in dem viele ohnehin ums wirtschaftliche Überleben kämpfen, kann das existenzbedrohend werden. Gleichzeitig können sich einzelne Musiker:innen dieser Dynamik kaum entziehen.

Geschäftsmodell KI-Musik

Sienna Rose erreicht auf der digitalen Musikplattform Spotify knapp drei Millionen Hörer:innen monatlich. Das Titelbild ihres Accounts zeigt eine schwarze Frau mit kurzen dunklen Locken. Ihre Beats klingen nostalgisch, erinnern an die 1990er-Jahre, ihre Stimme an eine bekannte R&B-Sängerin. Doch sie kann keine Noten lesen, kein Instrument spielen. Ein Konzert wird es von ihr nie geben. Sie hat weder Ohren noch Mund. Denn Sienna Rose ist vollständig aus Code entstanden. Ihre Bilder, ihre Musik: Alles wurde von künstlicher Intelligenz generiert. Ihrem Erfolg schadet das nicht.

Vollständig von KI erzeugte Musik nimmt auf Streaming-Plattformen rasant zu. Die französische Plattform Deezer prüft Musik inzwischen systematisch auf ihre „Echtheit“, indem sie die Tonspuren analysiert, und meldet rund 60.000 neue KI-generierte Stücke – pro Tag. 2025 verzeichnete der Dienst einen starken Anstieg: von

10 Prozent der täglichen Uploads im Jänner auf zuletzt rund ein Drittel bis knapp 40 Prozent.

Das verändert die Spielregeln und den Markt, auf dem reale Musiker:innen konkurrieren. Prognosen gehen davon aus, dass in den kommenden Jahren ein signifikanter Teil der Musik auf Streaming-Plattformen KI-generiert sein könnte. Eine offizielle Zahl dazu, wie hoch der Anteil auf Spotify ist, gibt es bislang nicht.

Musiker Skrepek sieht hier ein zentrales Problem: „Wir wissen nicht, ob die Zugriffe überhaupt von echten Menschen sind, ob diese sich das anhören – oder ob hier Maschinen das durchlaufen lassen und so das Monopol immer größer wird.“ KI-Accounts, die KI-Musik durchhören also. Daraus ergibt sich die Frage, wer am Ende über Streaming-Plattformen Geld verdient – und wer nicht. Ein Blick hinter die Playlists zeigt, wie systematisch KI-Musik ins Streaming-Ökosystem einsickert. Spotify setzte schon früh auf algorithmische Personalisierung. Recherchen der US-Journalistin Liz Pelly legen nahe, dass für bestimmte Stimmungplaylists gezielt anonym produzierte „perfect fit“-KI-Tracks eingekauft wurden – billig hergestellt, millionenfach in Listen ausgespielt. Playlists dieser Art sollten ursprünglich neue Künstler:innen sichtbar machen.

Heute perfektionieren KI-Projekte wie Sienna Rose das Prinzip: unauffällige Klangflächen, optimiert für Algorithmen. Auch Alan van Keeken, der an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg am Institut für Musik-, Medien- und Sprechwissenschaften forscht, hält die Sorgen vieler Musikschaffender für nachvollziehbar. KI sei „eine Technologie, die ohne große Regulation oder Technikfolgenabschätzung auf den Markt gebracht wurde“, sagt er.

Das eigentliche Problem liegt in der Macht der Playlists. Wer gehört wird, entscheidet immer öfter der Algorithmus – nicht die Qualität eines Songs. KI verstärkt diese Logik. Und sie trifft Musiker:innen dort, wo sie ohnehin schwach aufgestellt sind: Streaming bringt oft nur minimale Einnahmen. Während früher Konzerte gespielt wurden, um eine Platte oder CD zu bewerben, sind Live-Auftritte heute für viele die wichtigste Einnahmequelle. Doch zuerst müssen über Streaming-Plattformen Hörer:innen erreicht und zu Fans gemacht werden. Schwindet diese Chance, schrumpfen langfristig auch andere Einnahmequellen wie Merchandise oder Live-Auftritte.

Fragt man Menschen, ob sie KI-Musik konsumieren, verneinen das viele und lehnen es ab. Doch viele hören sie, ohne es zu merken. Eine Studie von Deezer zeigt: 97 Prozent von 9.000 Teilnehmer:innen konnten vollständig KI-generierte Songs nicht zuverlässig von menschengemachter Musik unterscheiden und empfanden genau das als unangenehm. Rund 40 Prozent gaben an, dass sie solche Titel überspringen würden, wenn sie wüssten, dass sie von einer Maschine stammen.

Van Keeken erklärt: „Der wichtigste Punkt der Unsicherheit und der daraus häufig resultierenden Ablehnung scheint mir nicht die Qualität zu sein. Mein Eindruck ist, dass Menschen nicht gerne für dumm verkauft werden.“ Entscheidend sei die Erwartung, dass

hinter einem Song ein Mensch stehe – eine Person mit Geschichte, Identität, vielleicht jemand, den man auch live erleben könne.

Urheberrecht und Regulierung

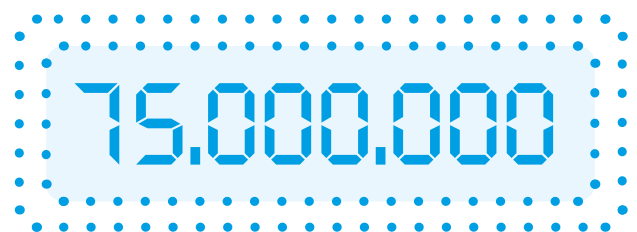
Peter Tschmuck, Lehrender an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien (mdw), der zur digitalen Transformation forscht, sagt: „Das Problem mit diesen Fake-Tracks liegt nicht nur darin, dass sie Einkommen abschöpfen, sondern vor allem im Urheberrecht. Womit werden diese Modelle trainiert? Was passiert mit Persönlichkeitsrechten?“ Besonders betroffen sei die Populärmusik. Tschmuck beobachtet einen Verteilungskampf zwischen KI-Konzernen und großen Content-Unternehmen wie Universal Music Group, Sony Music Entertainment oder Warner Music Group, die über Einnahmen verhandeln. „Was mir fehlt, ist die Frage, wie das Geld bei den Musiker:innen ankommt.“

Für Europas Musikbranche wird entscheidend sein, wie Gerichte und Verwertungsgesellschaften den rechtlichen Status des KI-Trainings mit urheberrechtlich geschützten Werken bewerten. Denn nur durch bestehende, von Menschen geschaffene Songs erreichen KI-Modelle überhaupt erst ihr marktfähiges Niveau. In den USA haben sich Warner Music Group und Universal Music Group nach Klagen außergerichtlich mit dem KI-Start-up Udio geeinigt. Geplant ist ein Opt-in-Modell: Künstler:innen müssen aktiv zustimmen, wenn ihre Musik für Trainingszwecke genutzt werden soll. In Europa gilt ein Urteil im GEMA-Verfahren gegen OpenAI als wegweisend: Online verfügbare Inhalte sind kein frei nutzbares Trainingsmaterial.

Die KI-Verordnung der EU soll mehr Transparenz schaffen und es Rechteinhaber:innen ermöglichen, ihre Werke in der KI-Ära besser zu kontrollieren. Eine Kritik aus der Kreativwirtschaft lautet jedoch, dass die aktuellen Regeln nicht weit genug gehen. Vieles ist offen: Muss nur das Training vergütet werden oder auch jede einzelne KI-Ausgabe, die auf geschützten Werken basiert? Genau das fordert auch die Gewerkschaft yunion: eine faire, angemessene

Songs, die Spotify in einem Jahr als KI-Spam identifiziert und gelöscht hat

Quelle: Spotify





„Kunst heißt, den Irrtum zuzulassen. So entsteht etwas Neues. Und das kann ein Computer nicht“, sagt der langjährige Musiker Peter Paul Skrepek.

sene Beteiligung, wenn KI mit von Menschen gemachter Musik trainiert wird, und generell an Streaming. Gleichzeitig sind Musikschaffende gefordert, genau zu prüfen, welche Rechte sie in Verträgen abgeben und welche sie behalten.

Übermäßige Angst vor der digitalen Entwicklung müsse man laut Tschmuck dennoch nicht haben. Sie lässt sich nicht aufhalten und wirkt inzwischen auf nahezu jeder Stufe der Musikproduktion – von der Komposition über Aufnahme, Mixing und Mastering bis hin zur Distribution. Betroffen sind daher nicht nur Musiker:innen, sondern auch Aufnahmeteams, Tonmeister:innen und Mastering-Studios. „Um nicht zu den Verlierer:innen zu gehören, sollten sich die Betroffenen proaktiv mit den Veränderungen auseinandersetzen und sich besser dafür rüsten“, so Tschmuck.

Zwischen Anpassung und Strukturwandel

Christine Bauer vom Fachbereich „Artificial Intelligence and Human Interfaces“ der Universität Salzburg sieht es ebenfalls als riskant, sich gegen die technische Entwicklung zu stellen: „Wie bei früheren Innovationen besteht die Gefahr, dass man versucht, sie zu unterbinden. Wenn die Branche dann den Anschluss verpasst, kann das eine ziemlich lange Durststrecke bedeuten.“

Sie erwartet je nach Genre unterschiedliche Auswirkungen. Während bei sogenannter Gebrauchsmusik – etwa Hintergrund-

klängen für Film oder Werbung – häufiger auf KI zurückgegriffen werden dürfte, rechnet sie im Mainstream-Pop- oder -Rock-Bereich nicht mit einem massiven Einbruch. Ein Popsong erfülle eine andere kulturelle und wirtschaftliche Funktion.

Zugleich ordnet sie die Debatte historisch ein: „Die Musikbranche ist schon immer durch technologische Innovationen geprägt und wesentlich verändert worden. Jede dieser Entwicklungen hat anfangs große Ängste ausgelöst und die Branche durcheinandergewirbelt – und trotzdem ging es weiter. Vielleicht anders als zuvor, aber es ging weiter.“

Peter Paul Skrepek steht auch fünfzig Jahre nach seiner ersten Schallplattenaufnahme regelmäßig auf der Bühne, spielt Falco-Stücke und lässt das Wiener U4 beben. Die gemeinsamen Studioerlebnisse von früher vermisst er dennoch. KI will er selbst nicht nutzen. Viele seiner Kolleg:innen tun es längst.

Was ihm ein gewisses Maß an Zuversicht gibt, ist die Überzeugung, dass KI echte Musik langfristig nicht ersetzen kann. „Eine KI lebt nicht. Sie ist nur ein Imitat. Kunst heißt, den Irrtum zuzulassen. So entsteht etwas Neues. Und das kann ein Computer nicht. Die KI hat keinen Schmach“, sagt er. „Unser Bewusstsein wird von Musik geprägt.“ Gleichzeitig müsse auch die Zivilgesellschaft Stellung beziehen und beispielsweise auf die Straße gehen. Denn Musik sei zu bedeutend, um sie ausschließlich ökonomischen oder politischen Interessen zu überlassen. ▀



Vergessen Sie das Vergessen!

Ein nie abreißender Strom an Informationen flutet den modernen Menschen, da kann man schon mal das eine oder andere vergessen, nicht wahr? Aber was, wenn das Gehirn eigentlich mehr könnte, als den Menschen bewusst ist? ProMemory geht genau davon aus. Aufbauend auf modernen Ergebnissen der Gehirnforschung will die Methode die Gedächtnisleistung verbessern und ein effizientes Merken ermöglichen. (Präsenz-Angebot)

Für: Arbeitnehmer:innenvertretung aus dem Burgenland
Wo: AK/ÖGB-Haus, Wiener Straße 7, 7000 Eisenstadt
16.04.2026: 09.00–16.30 Uhr



Führungsqualität lernen

Es ist nicht zu unterschätzen: Dem oder der Betriebsratsvorsitzenden obliegt neben der täglichen Arbeit auch die Führung eines Gremiums. Die dafür notwendigen Führungsfähigkeiten lassen sich entwickeln und optimieren. In diesem Seminar werden relevante Leadership-Modelle vorgestellt und Teilnehmer:innen eingeladen, ihre eigene „Führungswelt“ besser kennenzulernen. (Präsenz-Angebot)

Für: Arbeitnehmer:innenvertretung aus der Steiermark
Wo: ÖGB-Haus Graz, Karl-Morre-Straße 32, 8020 Graz
20.05.2026: 09.00–16.00 Uhr



Sensibel kommunizieren

Vielfalt ist in vielen Betrieben Realität, ein sensibler Umgang damit kann herausfordernd sein. Wie gelingt Kommunikation, die verbindet, statt zu verletzen? Welche Möglichkeiten haben Betriebsrät:innen, Kolleg:innen vor Diskriminierung zu schützen? Ziel des Seminars ist es, ein Bewusstsein für das eigene Auftreten zu entwickeln und ein Betriebsklima zu gestalten, das Vielfalt wertschätzt. (Präsenz-Angebot)

Für: Arbeitnehmer:innenvertretung aus Oberösterreich
Wo: AK-Bildungshaus Jägermayrhof, Römerstraße 98, 4020 Linz
14.10.2026: 09.00–17.00 Uhr
15.10.2026: 09.00–17.00 Uhr



Wissenswertes aus dem ...

A&W
blog

Schwere Mängel bei PVA-Gutachten

Respektloses Verhalten, nicht nachvollziehbare Kriterien und ein Gefühl der verletzten Würde: Was eine FORESIGHT-Studie im Auftrag der AK OÖ über die Begutachtungspraxis der Pensionsversicherungsanstalt zum Vorschein bringt, ist erschreckend. Außerdem ist die Zuerkennungsquote bei Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen auf ein historisches Tief von 20,5 Prozent gesunken. Grund genug, genauer hinzuschauen.



Nina Plank
Team Sozialpolitik, AK Oberösterreich



Öl- und Spritpreise kontrollieren

Die kriegerischen Konflikte in Nahost lassen die Öl- und Spritpreise auch hierzulande steigen. Ein Blick auf den Ölpreisschock 2022 zeigt: Preissenkungen werden nur unvollständig oder gar nicht an die Konsument:innen weitergegeben. Die großen Gewinner sind Tankstellen und die großen Ölkonzerne, wie die OMV, Eni, bp, Shell oder Phillips 66. Wie kann der Staat jetzt sinnvoll eingreifen?



Magdalena Maad & Daniel Witzani-Haim
Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik, AK



Reiche zur Kassa

Österreich gehört zu den europäischen Ländern mit der höchsten Vermögenskonzentration. 84 Prozent der hiesigen Milliardär:innen haben ihr Vermögen dabei geerbt. Während Erbschaftsteuern in den meisten OECD-Ländern ohne große Kritik eingehoben werden, verzichtet Österreich seit 2008 auf diese Einnahmequelle. Warum gerade jetzt die richtige Zeit ist, sie wieder einzuführen.



Judith Derndorfer & Tamara Premrov
Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik, AK Wien



www.awblog.at

MEIN UTOPIA

ILLUSTRATION SILKE MÜLLER



Siroos Mirzaei

Nuklearmediziner, Menschenrechtsaktivist und Autor



Ich träume von einem Land, wie ich es auch in meinem Roman „Irdische Träume im Paradies“ beschreibe; einem Land, in dem sich der Mensch frei bewegen kann und Freundschaften entstehen können – ohne Grenzen und Furcht. Literaturabende, um Worte zu teilen – und kein Buch, kein Gedanke, keine Sprache ist verboten. Keine Frau, keine Religion wird diskriminiert.

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag



Der Coup

Wie die Arbeitgeberseite die Sozialversicherung kaperte

Julia Stroj und Claudia Neumayer-Stickler

ÖGB-Verlag 2026 | 280 Seiten | EUR 24,00
ISBN 978-3-99046-726-8

Eines der größten Projekte von Schwarz-Blau 2 und eines der schädlichsten für die Arbeitnehmer:innenschaft: die Sozialversicherungsreform 2018.

Patient:innenmilliarde, mehr Kassenärzt:innen und die Harmonisierung von Leistungen waren die zentralen Versprechungen, mit denen die Bundesregierung Kurz/Strache die Arbeitnehmer:innen in „ihrer“ Krankenkasse entmachtete hat. Die Realität legt nun offen, wie falsch diese Versprechungen waren.

Im vorliegenden Buch bieten die Autorinnen einen historischen Rückblick auf die Entwicklung der Sozialversicherung und erklären, warum die Krankenversicherung bis 2018 den Arbeitnehmer:innen „gehörte“. Sie rechnen anhand aktueller Zahlen mit der Reform von Kurz und Strache ab und geben einen Ausblick, was es braucht, um die wichtigsten Säulen des österreichischen Sozialstaats abzusichern.

JETZT BESTELLEN!



Arbeitsverfassungsrecht Gesamtwerk

Der umfangreiche Kommentar in neuer, dritter Auflage

Susanne Auer-Mayer, Josef Cerny, Christian Dunst, Elias Felten, Walter Gagawczuk, Sieglinde Gahleitner, Wolfgang Goricnik, Klaus Mayr, Rudolf Mosler, Walter J. Pfeil, Joachim Preiss, Thomas Radner, Hannes Schneller, Hans Trenner

ÖGB-Verlag 2026 | 3.800 Seiten | EUR 349,00
ISBN 978-3-99046-749-7

Der fünfbandige Kommentar zum Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) ist die bewährte, vollständige und unverzichtbare Kommentierung des österreichischen kollektiven Arbeitsrechts. Das Werk umfasst neben den gedruckten Bänden im Schuber auch das E-Book. Unter der neuen Herausgeberschaft von Sieglinde Gahleitner und Rudolf Mosler hat ein Team von 14 hochkarätigen Jurist:innen aus Praxis, Judikatur, Wissenschaft und Lehre den Kommentar auf über 3.800 Seiten neu bearbeitet. Das garantiert fundierte wissenschaftliche Expertise und hohen Praxisbezug gleichermaßen.

JETZT BESTELLEN!



Sag mal laut:

„Stress gehört halt zur Arbeit dazu.“

Hört sich falsch an, oder?

Gesunde Arbeit beginnt mit guten Arbeitsbedingungen. Storys, Analysen, Perspektiven und Inspiration.



Hier geht es zu unseren Social-Media-Kanälen. **Folgen Sie uns!**



Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue bzw. richtige Anschrift mit

AW

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort